

STATISTIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Band 124

PERSONAL DER ÖFFENTLICHEN VERWALTUNG

AM 2. OKTOBER 1953



Herausgeber: Statistisches Bundesamt / Wiesbaden

~~54.3433~~

~~55.2337~~ e

W. Kohlhammer-Verlag / Stuttgart - Köln

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Methodische Vorbemerkungen	5
I. Gesamtüberblick	7
II. Gliederung nach Gebietskörperschaften	7
1. Bund	7
2. Länder, Hansestädte und West-Berlin	8
3. Gemeinden und Gemeindeverbände	10
4. Regionale Unterschiede	11
III. Gliederung nach Personalgruppen	12
1. Aufgabenbereiche	12
2. Dienstverhältnisse und Laufbahngruppen	14
3. Weibliche Kräfte im öffentlichen Dienst	15
4. Schwerbeschädigte im öffentlichen Dienst	15
5. Vertriebene und Heimkehrer im Dienst des Bundes	16
Übersicht über die in der Personalstandstatistik zum 2. Oktober 1953 erfaßten kommunalen Gebietskörperschaften	17
Tabellenteil (lt. besonderem Verzeichnis)	19

Übersichten im Text

1. Personal im öffentlichen Dienst	7
2. Personal des Bundes	7
3. Personal der Versorgungsverwaltung	8
4. Personal der Bundesbahn und Bundespost	8
5. Personal der Länder	9
6. Personal der Hansestädte	9
7. Personal West-Berlins	10
8. Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände	10
9. Beamte und Angestellte der Hoheits- und Kämmererverwaltungen der Gebietskörperschaften nach Laufbahngruppen	14
10. Weibliches Personal im öffentlichen Dienst	15
11. Vertriebene und Heimkehrer im Dienst des Bundes	16

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe gestattet.

Erschienen im März 1955

Statist. Bundesamt - Bibliothek



13-00234

C 13-015341

Vorwort

Die Personalstandstatistik soll in Form einer jährlichen Kurzmeldung bei möglichst geringer Belastung der Berichtstellen und des statistischen Dienstes einen summarischen Überblick über die Entwicklung der Zahl der Bediensteten im Gesamtbereich der öffentlichen Verwaltung vermitteln. Für die Bundesverwaltung ist die Feststellung des Personalbestandes außerdem im Hinblick auf die Zahl der weiblichen Bediensteten gemäß Bundestagsbeschluß vom 16. Februar 1950 erforderlich.

Das Erhebungsprogramm zur Personalstandstatistik 1953 wurde nach Abstimmung der Wünsche der interessierten Bundesressorts mit den Vertretern der Länder im Sonderausschuß für Statistik der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer festgelegt. Die Erhebung und Aufbereitung hat sich allerdings infolge der Verzögerung der Einleitung in einzelnen Ländern nicht zu dem vorgesehenen Termin abschließen lassen, so daß vorläufige Ergebnisse erst im August 1954 in »Wirtschaft und Statistik«, 6. Jg. N. F., Heft 8, veröffentlicht werden konnten.

Die vorliegende Arbeit ist in der vom Leitenden Regierungsdirektor Dr. Herrmann geleiteten Abteilung »Finanz- und Steuerstatistik« des Statistischen Bundesamtes zusammengestellt worden. Bearbeiter war im Hauptreferat von Oberregierungsrat Mengert der Regierungsrat Dr. Hüttner.

Wiesbaden, im März 1955

Dr. Gerhard Fürst

Präsident des Statistischen Bundesamtes

Methodische Vorbemerkungen

Erhebungsbereich

Die Erhebung zum 2. Oktober 1953 ist nach den Erhebungen zum 2. September 1950 und zum 2. Oktober 1952 die dritte bundeseinheitliche Personalstandstatistik seit 1945. Sie setzt die mit der Erhebung zum 2. Oktober 1952 begonnene Reihe jährlicher »Kurzmeldungen« fort und erfaßt die Dienstkräfte der Hoheits- und Kammereiverwaltungen des Bundes, der Länder (einschließlich Berlins), Gemeindeverbände und Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern sowie die wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dieser Körperschaften, allerdings ohne die Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern. Zur Abrundung des personalstatistischen Bildes des öffentlichen Dienstes sind 1953 wie 1952 Angaben über den Personalstand der Bundesbahn, der Bundespost, der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie der nachstehenden rechtsfähigen Anstalten öffentlichen Rechts im Bereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Bundesministeriums für Finanzen in die Darstellung einbezogen:

Mühlenstelle,
Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel,
Einfuhr- und Vorratsstelle für Schlachtvieh, Fleisch und Fleischerzeugnisse,
Einfuhr- und Vorratsstelle für Fette,
Einfuhrstelle für Zucker,
Forschungsanstalt für die Landwirtschaft,
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder.

Angaben über den Personalstand dieser Anstalten sind mit entsprechenden Erläuterungen im Textteil und in den Tabellen A 2, D 14, 16 und E 17 enthalten.

Das Personal der Behörden und Einrichtungen der Kriegsopferversorgung (im folgenden als »Versorgungsverwaltung« bezeichnet) ist wie im Vorjahr dem Personal des Bundes zugerechnet und jeweils als »Darunter«-Zahl ausgegliedert; im Text (Abschnitt II, 1. Bund) ist die Zahl der Bundesbediensteten gesondert gebracht. Die Darstellung trägt der Zwischenstellung der Versorgungsverwaltung Rechnung, die als Landesverwaltung eingerichtet (Bundesgesetz vom 12. März 1951) dennoch finanziell voll vom Bund getragen wird (§ 1, Abs. 3, Ziff. 2 des 1. Überleitungsgesetzes i. d. F. vom 21. August 1951).

In der Erhebung zum 2. Oktober 1953 sind unter anderem die folgenden juristischen Personen nicht erfaßt:

Dienstherr	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen 1950
Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern	10 000
Wirtschaftliche Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit der Gebietskörperschaften	34 000
Sozialversicherungsträger	53 000
Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute	43 000
Kammern (nur britische und französische Besatzungszone)	2 400

Die Erhebung beschränkt sich wie 1952 auf die in unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigten Dienstkräfte. Die nicht mit voller Wochenstundenzahl beschäftigten Kräfte (z. B. Reinigungspersonal) — 1950 bei den Gebietskörperschaften rund 50 000, bei Bundesbahn und Bundespost rund 38 000 — sind nicht einbezogen. Auch bei der Bundesbahn sind — im Gegensatz zum Vorjahr — teilbeschäftigte Arbeiter nicht erfaßt. Sonstige aktive Kräfte, wie ehrenamtliche, nebenamtliche, nebenberufliche oder in mittelbarem Dienstverhältnis stehende Bedienstete sowie die Versorgungsempfänger bleiben außer Betracht.

Zuordnung zu den Personalgruppen

Der Zweck der Erhebung, rasch und mit möglichst geringem Aufwand ein Gesamtbild der personellen Entwicklung der öffentlichen Verwaltung zu geben, bedingt eine möglichst einfache Gliederung des Erhebungsmaterials nach Dienstverhältnissen. Es sind deshalb erfaßt:

Als Beamte:

Beamte aller Art, Beamtenanwärter und Diätare sowie Angestellte, die Bezüge nach der RBO erhalten; Wahlbeamte sowie in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis anderer Art hauptberuflich vollbeschäftigte Personen, wie Minister; hauptamtliche Bürgermeister und Landräte, soweit sie hauptberuflich Leiter einer Verwaltung (amerikanische und französische Zone), nicht dagegen, wenn sie Vorsitzende eines legislativen Organs (britische Zone) sind; Nachwuchskräfte in öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnissen, z. B. Referendare, auch sofern keine Unterhaltszuschüsse gezahlt werden, Verwaltungslehrlinge (Rd. Erl. d. RMdI vom 10. April 1942, MBl i. V. S. 691).

Nicht: Ehrenbeamte, Notare

Als Angestellte:

Im privatrechtlichen Dienstverhältnis ständig (für dauernde Verwaltungszwecke) und unständig beschäftigte Angestellte; wissenschaftliche Hilfskräfte, soweit nicht Diätare oder ehrenamtlich (ohne Dienstverhältnis zur betr. Körperschaft); Nachwuchskräfte im privatrechtlichen unmittelbaren Dienstverhältnis zur Gebietskörperschaft — soweit nicht im Arbeitsverhältnis — (z. B. Angestelltenlehrlinge, Bürolehrlinge, Volontärärzte, Hilfsärzte, Pflichtassistenten u. dgl.).

Als Arbeiter:

Ständige (für dauernde Verwaltungszwecke) und unständige Lohnempfänger (Saisonarbeiter), einschließlich Arbeiter, deren Lohnaufwand in Sachkonten oder allgemeinen Haushaltsausgaben enthalten ist (z. B.: Arbeiter bei den Straßenverwaltungen, Waldarbeiter). Nachwuchskräfte im Arbeitsverhältnis (z. B. Handwerker- oder Landwirtschaftslehrlinge).

Den Laufbahngruppen sind die Beamten und Angestellten nach der tatsächlichen Besoldung bzw. Vergütung wie folgt zugeordnet:

Laufbahngruppe	Besoldungsordnung	TO. A
Höherer Dienst	B, A 1a bis A 2c 2	I bis III und übertarifliche Vergütung
Gehobener Dienst	A 2d bis A 4c 2	IV bis VI
Mittlerer Dienst	A 4d bis A 8	VII und VIII
Einfacher Dienst	A 9 bis A 12	IX und X

Beamte in Ausbildung und Diätare sind jedoch in der ihrer Ausbildung entsprechenden Laufbahn gezählt.

Nur Berlin hat die einzelnen Angestellten ihrer Tätigkeit entsprechend, d. h. einen Großteil der nach TO. A III vergüteten Kräfte dem gehobenen, der nach TO. A VI vergüteten dem mittleren Dienst, zugeordnet.

Die Lehrpersonen, die Bediensteten der Polizei und des Fürsorge- und Gesundheitswesens sind wie im Vorjahr gesondert gezählt.

Als Lehrpersonen sind nur Lehrer an Einrichtungen des Schul- und Hochschulwesens nachgewiesen, nicht die Lehrkräfte an Einrichtungen anderer Verwaltungszweige, in denen Verwaltungsangehörige oder Nachwuchskräfte für eine bestimmte Verwaltungsaufgabe ausgebildet oder darin weitergebildet werden (z. B. Verwaltung-, Finanz-, Forst-, Feuerwehr-, Polizeischulen).

Die Bediensteten der Polizei sind einheitlich nach den für die Finanzstatistik allgemein geltenden Richtlinien erfaßt, so daß hier 1953 im staatlichen und kommunalen Bereich der gesamte Vollzugsdienst zuzüglich der zugehörigen Verwaltungskräfte (in Schreibstuben, Beschaffungsämtern u. dgl.) und das in Einrichtungen der Polizei (Schulen, Kurheimen u. dgl.) beschäftigte Personal, jedoch ohne die Dienstkräfte des gemeindlichen Ordnungswesens (z. B. Feldschutz, Gewerbeaufsicht, Meldewesen), erfaßt ist. Nur soweit Aufgaben der Ordnungsverwaltung von staatlichen Polizeikräften erledigt werden, wie z. B. in Rheinland-Pfalz und Berlin, sind die damit betrauten Kräfte als Polizei-bedienstete ausgliedert. Die Bereitschaftspolizei Berlins ist in die Ausgliederung der Polizeibediensteten nicht einbezogen.

Zu den Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens sind alle in den Einzelplänen 4 und 5 der kommunalen Haushalte veranschlagten Anstalten und Einrichtungen gerechnet, so z. B.:

- Einrichtungen der allgemeinen Fürsorge, wie Alters- und Siedenheime, Armenhäuser, Blinden-, Krüppelheime;
- Einrichtungen der Kriegsfolgenhilfe, wie Flüchtlings-, Durchgangslager;
- Einrichtungen der Jugendhilfe, wie Erholungsheime, Fürsorgeerziehungsanstalten, Kindergärten, Waisenhäuser;
- Einrichtungen des Gesundheitswesens, wie Krankenhäuser, Anstalten für Nerven- und Geistesranke, ärztliche Beratungsstellen;
- Einrichtungen der Leibesübungen, wie Sportplätze und -schulen;
- Einrichtungen der Jugendpflege, wie Jugendberatungsstellen, -herbergen.

Die in der Erhebung zum 2. Oktober 1952 durchgeführte Ausgliederung des Personals der Steuerverwaltung, der Sparkassen und (bei wirtschaftlichen Unternehmen) der Forstverwaltung wurde 1953 nicht wiederholt. Dagegen sind 1953, um aktuellen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, die staatlichen und kommunalen Ausgleichsämter und die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbände gesondert dargestellt. Zur letzten Gruppe zählen die im Einzelplan 7 der kommunalen Haushalte veranschlagten Aufgaben, wie Straßenbeleuchtung und -reinigung, Feuerwehren, Märkte und Schlachthöfe, Bestattungsanlagen, Gärten und Parks, Badeanstalten; die Sparkassen sind in die Erhebung nicht einbezogen (s. zeitliche Vergleiche).

Die Abgrenzung der Personenkreise, für deren Einstellung und Beschäftigung Sonderbestimmungen gelten, ist gegenüber den Erhebungen 1950 und 1952 nicht geändert.

Als Schwerbeschädigte sind Personen mit anerkannter Erwerbsminderung von 50 vH und mehr und ihnen Gleichgestellte (Schwerbeschädigtengesetz vom 16. Juni 1953, §§ 1 und 2) erfaßt.

Als Vertriebene sind Personen deutscher Staats- oder Volkszugehörigkeit erfaßt, die ihren Wohnsitz in den Ostgebieten unter polnischer oder sowjetischer Verwaltung (Ostpreußen) oder im Ausland nach dem Gebietsstand des Reiches von 1937 im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges durch Flucht oder Vertreibung verloren haben. Die Definition entspricht in etwa dem in § 1 des Bundesvertriebenengesetzes festgelegten Begriff »Vertriebener«.

Als Heimkehrer sind Personen erfaßt, die unter das Heimkehrergesetz vom 19. Juni 1950 fallen und seit dem 1. Januar 1948 aus fremdem Gewahrsam entlassen sind. Die Zahl der Vertriebenen und Heimkehrer wurde lediglich im Bereich der Bundesverwaltung festgestellt.

Zeitliche Vergleiche

Gegenüber der Erhebung zum 2. Oktober 1952 ist durch Präzisierung der Richtlinien der erfaßte Personenkreis praktisch vergrößert worden. So ist der einheitlichen Erfassung der Nachwuchskräfte (z. B. Referendare und Beamtenanwärter, der

Assistenz- und Volontärärzte, der Schwesternschülerinnen, soweit Vertragsverhältnisse mit einer Gebietskörperschaft vorliegen) sowie der in öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnissen anderer Art stehenden Personen (wie Minister, kommunale Wahlbeamte) und einer restlosen Erfassung der aus Sachtiteln bezahlten Arbeiter besonderes Augenmerk gewidmet. In einzelnen Ländern sind erstmalig die Landesbediensteten bei einigen Behörden und Einrichtungen, die voll vom Bund getragen werden, wie Sonderbaubehörden, Dienststellen der Besatzungslastenverwaltung, Flüchtlings- und Durchgangslager, in die Erhebung einbezogen. Die Auswirkung dieser Vereinheitlichung der Erhebung auf die Gesamtzahl der Dienstkräfte ist zahlenmäßig nicht eindeutig zu erfassen.

Im übrigen sind keine Veränderungen in der Methodik der Erhebung vorgenommen worden. Bei Vergleichen mit den in Band 84 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland veröffentlichten Ergebnisse der Erhebung zum 2. Oktober 1952 sind folgende durch die Gestaltung des Erhebungsformulars 1953 bedingte Veränderungen des Erfassungsschemas zu beachten:

	Darstellung in	
	Band 124	Band 84
Gliederung nach Laufbahngruppen	Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern	Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern
Bedienstete der wirtschaftlichen Unternehmen	Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern	Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern
Lehrpersonen	Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern	Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern
Bedienstete der Polizei	Gemeinden mit 1 000, in Hessen 5 000 und mehr Einwohnern	Teilweise nur Exekutive; Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern
Bedienstete der Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens	Ohne staatliche in Baden-Württemberg und Bayern; Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern	Ohne Niedersachsen; Gemeinden mit 3 000 und mehr Einwohnern
Bedienstete der Sparkassen	—	Im Tabellenteil enthalten
Bundesbahn	Ohne teilbeschäftigte Arbeiter	Einschl. der teilbeschäftigten Arbeiter

Die Vergleichszahlen zum 2. September 1950 sind wie die zum 2. Oktober 1952 dargestellt (Veränderungen gegenüber Band 55 vgl. methodische Vorbemerkungen zu Band 84).

Form der Veröffentlichung

Aufbau und Gliederung des Bandes 84 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland ist im wesentlichen beibehalten. Im Zuge der Durchführung des Landesbeamtengesetzes Berlins vom 24. Juli 1952 ist die Abstimmung der von Berlin durchgeführten Personalstandstatistik mit dem bundeseinheitlichen Erhebungsschema und damit die Einbeziehung Berlins in das allgemeine Tabellenwerk möglich geworden. Damit kann die Personalstandstatistik die in § 17 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 festgelegte Einbeziehung Berlins in die allgemeine Statistik durchführen. Im Textteil ist der Personalstand Berlins zwar bei den einzelnen Abschnitten, im allgemeinen jedoch gesondert dargestellt. Dies ist vor allem zur Erhaltung der Vergleichbarkeit mit den Vorjahresergebnissen notwendig.

Die Hansestädte sind wie im Vorjahre als besondere Gruppe angesehen, Lindau dem Land bzw. den Gemeinden und Gemeindeverbänden Bayerns zugerechnet und im Tabellenteil in regional gegliederten Tabellen nachrichtlich aufgeführt. In Tabelle 5 (Länder, Hansestädte und West-Berlin nach Dienstverhältnissen und Ministerialbereichen) ist für die Hansestädte und Berlin eine möglichst vollständige und — soweit es die Gliederung nach Ministerialbereichen erlaubt — einheitliche Zuordnung der einzelnen Verwaltungen gewählt. Die Vergleichszahlen zum 2. Oktober 1952 sind entsprechend umgeformt bzw. ergänzt.

I. Gesamtüberblick

Von den Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Hansestädte, Gemeinden, Gemeindeverbände und West-Berlin) werden zum 2. Oktober 1953 insgesamt rund 1 491 200 hauptberuflich vollbeschäftigte Dienstkräfte nachgewiesen, davon rund 1 297 400 bei den Hoheits- und Kammereiverwaltungen und rund 193 800 bei den wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Einschließlich der Bundesbahn, Bundespost und der in die Personalstandstatistik einbezogenen Anstalten öffentlichen Rechts sind somit rund 2 341 600 öffentliche Bedienstete erfaßt.

Gegenüber den Ergebnissen der Statistik zum 2. Oktober 1952 ergibt sich ein Mehr von rund 89 500 Dienstkräften, d. s. 4,0 vH; die entsprechende Vermehrung von 1950 auf 1952 beträgt 5,6 vH. Bei den Gebietskörperschaften (einschl. West-Berlins) sind zum 2. Oktober 1953 rund 84 900 Bedienstete mehr als zum 2. Oktober 1952 nachgewiesen, was einer Steigerung von 6,0 vH entspricht. In den methodischen Vorbemerkungen ist bereits darauf hingewiesen worden, daß zum Teil die in der Personalstandstatistik nachgewiesenen Zahlen gegenüber 1952 durch Einbeziehung von Nachwuchskräften und Dienstkräften in besonderer Stellung, die bisher nicht einheitlich erfaßt waren, angewachsen sind.

1. Personal im öffentlichen Dienst

Körperschaft	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen						
	am 2. 10. 1953			am 2. 10. 1952			am 2. 9. 1950
	Hoheits- und Kammereiverwaltungen	Wirtschaftl. Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ¹⁾	Zusammen	Hoheits- und Kammereiverwaltungen	Wirtschaftl. Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ¹⁾	Zusammen	Zusammen
Bund	94 894	3 691	98 585	85 481	3 427	88 908	62 372
außerdem:							
Versorgungsverwaltung ²⁾	16 728	—	16 728	16 130	—	16 130	5 673 ³⁾
Länder	531 234	67 036	598 270	503 130	62 317	565 447	532 628
Hansestädte	84 684	1 096	85 780	81 996	927	82 923	77 773
Gemeinden und Gemeindeverbände	453 320	101 225	554 545	419 906	100 327	520 233	513 382
West-Berlin	116 562	20 704	137 266	112 540	20 060	132 600	127 371
Gebietskörperschaften zusammen	1 297 422	193 752	1 491 174	1 219 183	187 058	1 406 241	1 319 199
außerdem:							
Bundesbahn	—	—	510 818	—	—	522 969	525 429
Bundespost	—	—	301 806	—	—	286 545	259 196
Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	—	—	35 746	—	—	34 783	28 573 ³⁾
Sonstige Anstalten öffentlichen Rechts	—	—	2 083	—	—	1 575	—

¹⁾ Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. — ²⁾ Länderpersonal; am 2. 9. 1950 nur Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern. — ³⁾ Länderpersonal.

II. Gliederung nach Gebietskörperschaften

1. Bund

(Tabellen A 1 und 2, C 12)

Der Bund weist im Bereich der Hoheitsverwaltungen zum 2. Oktober 1953 rund 94 900, der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit rund 3 700 Dienstkräfte nach. Im Tabellenteil sind den Dienstkräften des Bundes wie im Vorjahre die bei Behörden und Einrichtungen der Kriegsoferversorgung (Versorgungsverwaltung) tätigen Kräfte (16 728, vgl. Übersicht 3) zugezählt. Das Personal der Bundesbahn und Bundespost sowie die bei der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und anderen Anstalten öffentlichen Rechts beschäftigten Kräfte sind in der nachstehenden Übersicht nicht enthalten.

Die personalmäßige Entwicklung der Bundesverwaltung zwischen 1952 und 1953 ist — wie auch zwischen 1950 und 1952 — beträchtlich durch den Ausbau des Bundesgrenzschutzes

beeinflußt. Bei einem Vergleich der Nachweisungen für 1953 mit den Vorjahreszahlen wirkt sich außerdem beim Bund die Tatsache aus, daß bereits bestehende Verwaltungseinrichtungen, deren Träger oder deren Rechtsform am Stichtag der vorangegangenen Zählung nicht feststand (z. B. der Wissenschaft, Forschung oder der Wirtschaft dienende Institute und Einrichtungen), rechnerisch ebenso als Zugang erscheinen wie tatsächlich neu errichtete oder in ihrem Aufbau vervollständigte Behörden und Einrichtungen. Auf solche 1953 erstmalig erfaßten Berichtstellen entfällt ein Zugang von rund 600 Personen, so daß sich für die eigentliche Bundesverwaltung (ohne Bundesgrenzschutz) von 1952 auf 1953 eine Vermehrung von rund 6 500 Kräften, darunter rund 2 200 Beamten, ergibt. Gegenüber der Entwicklung zwischen 1950 und 1952 ist somit eine fühlbare Konsolidierung eingetreten.

Für die einzelnen Zweige der Bundesverwaltung (vgl. Tabelle 2) ist folgendes festzustellen:

Die Entwicklung bei den obersten Staatsorganen (gesetzgebende Körperschaften, Bundesverfassungsgericht und Verwaltungsbehörden, die nicht einem anderen Verwaltungszweig zuzuordnen sind) ist durch den weiteren Ausbau des auswärtigen Dienstes und der Dienststelle Blank bestimmt. Der Zugang beträgt bei diesen Verwaltungen rund 1 300 Kräfte.

Im Verwaltungszweig innere Verwaltung geht die Personalvermehrung vorwiegend auf den Ausbau des Bundesgrenzschutzes zurück. Außerdem erscheint hier erstmalig das Personal des am 2. Oktober 1952 nicht erfaßten Technischen Hilfswerks.

Im Verwaltungszweig Justiz, der nur die ordentliche, nicht die Verwaltungsgerichtsbarkeit umfaßt, ist eine zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallende Vermehrung durch den planmäßigen Ausbau des Bundesgerichtshofes entstanden.

2. Personal des Bundes¹⁾

Dienstverhältnis	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen					
	am 2. 10. 1953			am		
	Hoheitsverwaltungen	Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Zusammen	2. 10. 1952	2. 9. 1950	
	Anzahl		vH	Anzahl		
Beamte	51 924	62	51 986	52,7	47 843	32 061
Angestellte	24 101	536	24 637	25,0	20 840	13 989
Arbeiter	18 869	3 093	21 962	22,3	20 225	16 322
Insgesamt	94 894	3 691	98 585	100	—	—
dagegen am 2. 10. 1952	85 481	3 427	—	—	88 908	—
am 2. 9. 1950	59 885	2 487	—	—	—	62 372

¹⁾ Ohne Versorgungsverwaltung.

Auf dem Gebiet der Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist der Zugang von rund 540 Kräften durch Übernahme bzw. Ausbau von Anstalten und Instituten bedingt, die vorwiegend der Förderung der Landwirtschaft oder der gewerblichen Wirtschaft dienen.

Beim Verwaltungszweig Arbeit und Wohlfahrt geht die Vermehrung auf den Ausbau des Bundesgesundheitsamtes zurück.

Die Behörden und Einrichtungen des Verwaltungszweiges Ernährung, Land- und Forstwirtschaft einschließlich der auf diesem Gebiet tätigen Anstalten öffentlichen Rechts haben keine erhebliche Erweiterung erfahren.

Auch im Verwaltungszweig Handel, Industrie und Gewerbe haben sich im ganzen keine größeren Veränderungen ergeben, obwohl sich die Zahl der Geschäftsvorfälle bei einzelnen Behörden, z. B. beim Deutschen Patentamt, erheblich erhöhte.

Im Verwaltungszweig Verkehr ist der Ausbau der Bundesanstalt für Flugsicherung sowie die Errichtung der rechtlich selbständigen Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, deren Ausgaben durch eine Umlage des beteiligten Gewerbes gedeckt werden, für die Veränderungen bestimmend.

Bei der Finanzverwaltung hat der Ausbau der Zollverwaltung einen Zugang von rund 800 Kräften (1950 auf 1952: rund 7 200 Kräfte) verursacht.

Das Personal im Verwaltungszweig Kriegsfolgelasten besteht wie im Vorjahr überwiegend aus den bei Behörden und Einrichtungen der Kriegsopferversorgung (Versorgungsverwaltung) beschäftigten Dienstkräften. Sie verteilen sich auf die Länder, deren Bedienstete sie rechtlich sind, wie folgt:

3. Personal der Versorgungsverwaltung

Land	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen				
	am 2. 10. 1953				am 2. 10. 1952
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Zu- sammen	
Schleswig-Holstein	233	462	38	733	674
Niedersachsen	498	1 586	228	2 312	2 096
Nordrhein-Westfalen ..	738	2 349	180	3 267	2 958
Hessen	324	951	87	1 362	1 258
Rheinland-Pfalz	235	557	20	812	751
Baden-Württemberg	503	1 460	222	2 185	2 119
Bayern	865	2 749	767	4 381	4 610
Hamburg	135	313	13	461	450
Bremen	35	125	9	169	133
West-Berlin	156	804	86	1 046	1 081
Insgesamt	3 722	11 356	1 650	16 728	—
dagegen am 2. 10. 1952 ..	2 905	11 699	1 526	—	16 130

Zum Bereich der Versorgungsverwaltung gehören (nach dem Stand von 1952) 68 Landesversorgungs- und Versorgungsämter mit rund 13 000 Dienstkräften, 19 Versorgungskrankenhäuser, Kuranstalten und Heilstätten mit rund 2 200 Dienstkräften und 41 versorgungsärztliche Untersuchungsstellen und orthopädische Versorgungsstellen mit rund 1 300 Dienstkräften.

Bundesbahn und Bundespost

Zum 30. September 1953 weist die Bundesbahn rund 510 800 Dienstkräfte nach; sie hat ihren Personalstand seit der Erfassung zum 2. September 1950 um rund 14 600 Kräfte vermindert, und zwar um 5 200 zwischen 2. Oktober 1952 und 2. Oktober 1953. Die Rationalisierungsbestrebungen wirkten sich in einem Abbau von Kräften im Arbeitsverhältnis aus, die von 1950 auf 1952 um rund 31 700 und von 1952 auf 1953 um rund 14 900 vermindert wurden. Dagegen ist die Zahl der Beamten durch Übernahme weiterhin gestiegen, und zwar seit 1950 insgesamt um rund 31 900, darunter von 1952 auf 1953 um rund 9 900. Die Vermehrung betrifft vor allem die mittlere und einfache Laufbahn, so daß nunmehr die Hälfte aller Beamten der Bundesbahn im mittleren Dienst, 38 vH im einfachen Dienst stehen.

4. Personal der Bundesbahn und Bundespost

Dienstverhältnis	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen						
	am 2. 10. 1953					am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950
	höhe- rer	ge- hobe- ner	mitt- lerer	ein- facher	Zu- sammen		
Bundesbahn							
Beamte	2 189	23 689	110 937	83 684	220 499	210 584	188 551
Angestellte	150	780	1 273	45	2 248	2 451	2 245
Arbeiter	—	—	—	—	288 071	309 934	334 633
Insgesamt ...	2 339	24 469	112 210	83 729	510 818	—	—
dagegen	—	—	—	—	—	—	—
am 2. 10. 1952 ...	2 325	24 378	104 565	81 767	—	522 969	—
am 2. 9. 1950	2 040	23 152	83 881	81 723	—	—	525 429
Bundespost							
Beamte	1 076	17 574	61 536	80 947	161 133	152 724	133 424
Angestellte	197	3 311	35 374	4 263	43 145	42 185	47 133
Arbeiter	—	—	—	—	97 528	91 636	78 639
Insgesamt ...	1 273	20 885	96 910	85 210	301 806	—	—
dagegen	—	—	—	—	—	—	—
am 2. 10. 1952 ...	1 271	20 000	92 242	81 396	—	286 545	—
am 2. 9. 1950	1 088	18 100	83 080	78 289	—	—	259 196

Durch diese Entwicklung ist der Anteil der Beamten bei der Bundesbahn von 1950 auf 1953 von 35,9 vH auf 43,2 vH gestiegen, der Anteil der Arbeiter von 63,7 vH auf 56,4 vH gesunken. Bei den Arbeitern sind 1953 teilbeschäftigte Kräfte nicht einbezogen (s. methodische Vorbemerkungen). Bei den Vergleichszahlen für 1952 sind deshalb 7 000 Arbeiter abgesetzt.

Bei der Bundespost waren am gleichen Stichtag rund 301 800 hauptberuflich vollbeschäftigte Dienstkräfte tätig. Einschließlich der Berliner Post (vgl. Seite 10) sind somit im Postdienst rund 321 700 Kräfte beschäftigt. Im Gegensatz zur Bundesbahn hat die Bundespost seit 1950 ihr Personal um rund 42 600 Kräfte vermehrt, darunter von 1952 auf 1953 um rund 15 300. Der Zugang ist auch hier vorwiegend bei den Beamten festzustellen (27 700), doch wurde die Zahl der Arbeiter gegenüber 1950 ebenfalls um 18 900 vergrößert. Die Zahl der Angestellten ist dagegen geringfügig (um rund 4 000) gesunken.

Dieser Darstellung liegt die für 1952 festgelegte Zuordnung der nicht beamteten Nachwuchskräfte zugrunde, von denen rund 900 Anwärter C und rund 400 Praktikanten und Fernmeldepraktikanten den Angestellten des gehobenen Dienstes, 6 400 Postjungboten und 3 600 Lehrlinge den Arbeitern zugerechnet sind. Die dienst- und arbeitsrechtliche Stellung einzelner dieser Gruppen ist nicht eindeutig. Die Entwicklung geht jedoch dahin, daß der Status zumindest der Fernmeldepraktikanten und Postjungboten die personalstatistische Zuordnung zu den Beamten rechtfertigen würde.

Innerhalb der Beamtenschaft der Bundespost hat sich der Anteil des mittleren Dienstes etwas vergrößert, die Anteile des gehobenen und einfachen Dienstes sind gesunken.

2. Länder, Hansestädte und West-Berlin

(Tabellen A 1, 3, 4 und 5, C 12)

Bei den Hoheitsverwaltungen der Länder wurden am 2. Oktober 1953 insgesamt rund 531 200 Dienstkräfte gezählt, das sind um rund 28 100 mehr als am 2. Oktober 1952. Diese Zahlen sind jedoch beeinflusst von den Veränderungen in der Zahl der Arbeiter. So wurde z. B. im Bereich der schleswig-holsteinischen Ministerien für Landwirtschaft und Verkehr ein Zuwachs von rund 1 400 Arbeitern festgestellt, die zu Straßen- bzw. Deicharbeiten eingesetzt sind. Bleiben die Arbeiter außer Betracht, ergibt sich von 1952 auf 1953 eine Vermehrung um rund 23 300 auf rund 479 800 Kräfte, das sind 5,1 vH.

Der zeitliche Vergleich ist weiter durch größere organisatorische Veränderungen im Aufbau der Verwaltung, wie die jüngsten Reformen in Nordrhein-Westfalen und Hessen, gestört. So sind in Nordrhein-Westfalen¹⁾ unter anderen aus dem Bereich des Arbeitsministeriums rund 2 600 Dienstkräfte, aus dem

¹⁾ Landschaftsverbandsordnung vom 12. Mai 1953 (GVBl. S. 271).

5. Personal der Länder

Dienstverhältnis	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen					
	am 2. 10. 1953				am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950
	Hoheits- ver- wal- tungen	Wirtschaft- liche Unter- nehmen ohne eigene Rechts- persönlich- keit	Zusammen			
	Anzahl	vH	Anzahl			
Beamte.....	339 078	8 185	347 263	58,0	332 211	300 939 ¹⁾
Angestellte	140 706	3 516	144 222	24,1	136 506	137 810 ¹⁾
Arbeiter	51 450	55 335	106 785	17,9	96 730	93 879 ¹⁾
Insgesamt ...	531 234	67 036	598 270	100	—	—
dagegen						
am 2. 10. 1952 ...	503 130	62 317	—	—	565 447	—
am 2. 9. 1950	478 551	54 077	—	—	—	532 628

¹⁾ Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit geschätzt.

Bereich des Verkehrsministeriums rund 2200 Dienstkräfte aus-
geschieden und auf die Landschaftsverbände übergegangen. Die
Entwicklung war am Stichtag noch nicht abgeschlossen. Die
hessischen Maßnahmen im Zuge der Verwaltungsreform¹⁾ wir-
ken sich dagegen in einer Vermehrung des Landespersonals
aus, da die Übernahme der Straßenverwaltungen der ehe-
maligen Bezirksverbände Wiesbaden und Kassel stärker zu
Buche schlägt als die Übernahme des Personals der Heil- und
Pflegeanstalten des ehemaligen Landesfürsorgeverbandes Darm-
stadt auf den neu errichteten Landeswohlfahrtsverband. Die
Übernahme der Einrichtungen (Landesmuseen u. dgl.) der ehe-
maligen Bezirksverbände fällt personalmäßig nicht sehr ins
Gewicht.

Im Geschäftsbereich der Innenministerien ist der Per-
sonalstand gegenüber 1952 um rund 8 000, darunter 6 100 Beamte
und Angestellte, gestiegen, und zwar vor allem durch die Ver-
stärkung der Polizei, der Gewerbeaufsicht und der Vermessungs-
behörden sowie (z. B. in Bayern) durch den vermehrten Arbeits-
anfall bei den staatlichen Landratsämtern durch den Aufbau der
Ausgleichsämter. Der Rückgang der Bedienstetenzahl in Schles-
wig-Holstein geht vor allem auf eine Personalverminderung bei
der Polizei und der Vermessungsverwaltung, in Hessen auf den
obengenannten Übergang von Heil- und Pflegeanstalten auf
den Landeswohlfahrtsverband zurück.

Die Personalvermehrung im Geschäftsbereich der Justiz-
ministerien (rund 3 400 Bedienstete), ist zum Teil durch die
einheitliche Erfassung der Referendare bedingt. Im übrigen
macht die starke Zunahme der Geschäftsvorfälle nicht nur bei
den ordentlichen, sondern auch bei den Gerichten im Bereich
anderer Ministerien (Verwaltungs-, Finanz-, Sozial-, Ver-
sorgungsgerichte) sowie die Notwendigkeit der Nachwuchsaus-
bildung in den meisten Ländern eine Erhöhung des Personal-
standes bei Gerichten aller Art erforderlich.

Auch für den Personalzugang im Geschäftsbereich der
Kultusministerien von rund 8 800 Dienstkräften, darunter
rund 7 200 Beamten und Angestellten, ist die einheitliche Er-
fassung der Referendare von Bedeutung. Vor allem wirkt sich
hier jedoch das Streben nach einer Senkung der Klassenstärken
durch Neueinstellung von Lehrkräften aus (siehe auch Seite 12).
Das Personal der Universität Köln und eines Teiles der
Münchener Kliniken ist hier erstmalig erfaßt.

Für den Geschäftsbereich der Landwirtschaftsministe-
rien, die (ohne Hessen) einen Zugang von rund 1 000 Beamten
und Angestellten aufwiesen, ist zu bemerken, daß hier im all-
gemeinen nur ein kleiner Teil der Forstverwaltungen erfaßt
ist, nämlich die Ministerialabteilungen und die Mittelinstanzen,
soweit diese nicht, wie in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-
Pfalz, Teile der Bezirksregierungen sind und deshalb im Etat
des Innenministeriums veranschlagt oder — in Hessen — mit
den Forstämtern zusammen bei den wirtschaftlichen Unter-
nehmen nachgewiesen sind.

¹⁾ Gesetz über die Mittelstufe der Verwaltung und den Landeswohlfahrts-
verband vom 7. Mai 1953 (GVBl. S. 93).

Für die Geschäftsbereiche der Ministerien für Arbeit,
Wirtschaft und Verkehr ist ein zeitlicher Vergleich durch
die obenerwähnten Reformmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen
und Hessen stark erschwert. Auf die Gesamtverminderung von
rund 3 500 Dienstkräften ist außer jenen Veränderungen die
Senkung des Personalbestandes im Bereich des Bayerischen
Wirtschafts- und Verkehrsministeriums und des Sozialministe-
riums von Rheinland-Pfalz wirksam.

Im Geschäftsbereich der Finanzministerien ist ein Zu-
gang von rund 7 400 Dienstkräften zu verzeichnen. Er entfällt
vorwiegend auf die Finanzämter, deren Aufgaben durch die
wirtschaftliche Entwicklung und die Bearbeitung des Lasten-
ausgleichs erweitert und durch straffere Betriebsprüfung, Steuer-
fahndung und -vollstreckung intensiviert wurden. Ferner
wurden Sonderbaubehörden und andere im Zusammenhang mit
der Besetzung stehende Verwaltungsstellen im Bereich der
Finanzministerien vergrößert bzw. erstmalig an dieser Stelle
erfaßt (siehe auch methodische Vorbemerkungen).

Die wirtschaftlichen Unternehmen der Länder
sind überwiegend Betriebe der Land- und Forstwirtschaft. Im
Geschäftsbereich der Landwirtschaftsministerien sind zum
2. Oktober 1953 bei solchen Betrieben rund 62 800 Dienstkräfte
nachgewiesen. Es handelt sich im allgemeinen um die Be-
diensteten der Forstämter und nachgeordneten Stellen — in
Hessen außerdem um rund 120 Dienstkräfte der Bezirksforst-
ämter — sowie um die bei den staatlichen Domänen beschäftigten
Kräfte. Ihre Zahl ist in Bayern mit 25 300, Baden-Württemberg
mit 12 000, Niedersachsen mit 7 800, Hessen mit 7 500 und
Rheinland-Pfalz mit 6 700 relativ bedeutend. Wegen der starken
jahreszeitlichen Schwankungen in der Zahl der vollbeschäftigten
Forstarbeiter, die sich infolge der Abhängigkeit der Arbeiten
von der Wetterlage in jedem Jahr anders auswirken, ist ein
zeitlicher Vergleich nicht möglich. Nach den Ergebnissen der
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung bei den staatlichen und
kommunalen Forstverwaltungen²⁾ waren im Jahresdurchschnitt
1953 (Oktober 1952 bis September 1953) bei den staatlichen
Forstbetrieben rund 52 000 Arbeiter beschäftigt.

Bei gewerblichen Unternehmen der Länder sind außerdem
weitere 4 200 Kräfte tätig. Der Anteil aller wirtschaftlichen
Unternehmen an der gesamten staatlichen Verwaltung ist in
den Ländern mit starker Forstverwaltung am höchsten. Er be-
trägt in Bayern 18,4 vH, in Rheinland-Pfalz 15,0 vH, in Hessen
14,4 vH, in Baden-Württemberg 13,0 vH und in Niedersachsen
9,8 vH.

Der Personalstand der Hoheits- und Kammereiverwaltungen
der Hansestädte hat sich gegenüber 1952 um rund 2 700,
das sind um 3,3 vH, auf rund 84 700 erhöht. Die Personalver-
mehrung ist vor allem im Bereich der Sozialverwaltung, ins-
besondere im Jugend- und Gesundheitswesen (Zugang rund
700 Kräfte), im Bereich der Kultusverwaltungen (Zugang rund
600 Kräfte) und in der Finanzverwaltung (Zugang rund
400 Kräfte) festzustellen.

6. Personal der Hansestädte

Dienstverhältnis	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen					
	am 2. 10. 1953				am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950
	Hoheits- ver- wal- tungen	Wirtschaft- liche Unter- nehmen ohne eigene Rechts- persönlich- keit	Zusammen			
	Anzahl			vH	Anzahl	
Beamte.....	31 798	18	31 816	37,1	29 807	27 481
Angestellte	35 146	332	35 478	41,4	34 628	32 291
Arbeiter	17 740	746	18 486	21,5	18 488	18 001
Insgesamt ...	84 684	1 096	85 780	100	—	—
dagegen						
am 2. 10. 1952 ...	81 996	927	—	—	82 923	—
am 2. 9. 1950	76 644	1 129	—	—	—	77 773

²⁾ Vgl. Wirtschaft und Statistik, 6. Jg. NF., Heft 9/1954, S. 447.

Bei den wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind rund 1 100 Bedienstete nachgewiesen, die überwiegend in gewerblichen (Versorgungs- und Verkehrs-) Betrieben tätig sind.

In der Zusammensetzung des Personals zeigt sich eine Erhöhung des Anteils der Beamten, während die Zahl der Arbeiter geringfügig sank.

Für die Hoheits- und Kammereiverwaltungen West-Berlins sind zum 1. Oktober 1953 rund 116 600 hauptberuflich vollbeschäftigte Beamte, Angestellte und Arbeiter nachgewiesen. In dieser Nachweisung sind jedoch die Post mit rund 19 900, die Zollverwaltung mit 2 900 und ehemalige Reichs- und Staatseinrichtungen mit rund 1 000 Kräften enthalten. 69 700 Bedienstete, das sind 59,8 vH der Gesamtzahl, sind bei den Senatsverwaltungen einschließlich Post und Zollverwaltung, 46 800 Bedienstete bei den Bezirksämtern tätig.

7. Personal West-Berlins

Dienstverhältnis	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen				
	am 2. 10. 1953			am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950
	Hoheits- und Kammereiverwaltungen	Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	Zusammen		
	Anzahl		vH	Anzahl	
Beamte.....	31 958	57	32 015	23,3	—
Angestellte.....	58 768	4 298	63 066	45,9	92 164
Arbeiter.....	25 836	16 349	42 185	30,8	40 436
Insgesamt ...	116 562	20 704	137 266	100	—
dagegen					
am 2. 10. 1952 ...	112 540	20 060	—	—	132 600
am 2. 9. 1950 ...	100 962	26 409	—	—	127 371

Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Erhebung zum 2. Oktober 1952 ergibt ein Ansteigen um rund 4 000 Kräfte, und zwar in der Hauptsache bei den Bezirksämtern.

Bei den wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit waren am 1. Oktober 1953 rund 20 700 Dienstkräfte beschäftigt, darunter rund 16 300 Arbeiter.

Durch das Landesbeamtengesetz vom 24. Juli 1952 sind in West-Berlin die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Berufsbeamtentum geschaffen worden. Der Anteil der Beamten betrug am Stichtag der Erhebung 23,3 vH. Die Vermehrung des Personals gegenüber 1952 erstreckt sich gleichmäßig auf Beamte bzw. Angestellte und Arbeiter.

Berlin hat die Zuordnung der Angestellten zu den Laufbahngruppen 1952 und 1953 nicht schematisch nach den Vergütungsgruppen, sondern nach der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit vorgenommen (vgl. methodische Vorbemerkungen). Der Anteil des höheren Dienstes an der Gesamtsumme der Beamten und Angestellten der Hoheits- und Kammereiverwaltungen beträgt hier 6,0 vH, der Anteil des gehobenen Dienstes 20,9 vH, des mittleren Dienstes 53,0 vH und des einfachen Dienstes 20,1 vH.

Die Darstellung des Personalstandes nach Ministerialbereichen (Tabelle 5) spiegelt nur die jeweils besondere institutionelle Gliederung der Landesverwaltungen wider. Sie kann also lediglich — unter Berücksichtigung organisatorischer Veränderungen — einen Überblick über die zeitliche Entwicklung in den einzelnen Ländern und in gewissem Umfang auch über allgemeine Entwicklungstendenzen geben. Von Land zu Land vergleichbare Größen liefert sie nicht. Insbesondere können die Stadtstaaten wegen der besonderen Struktur ihrer Verwaltungen mit den Ländern nicht verglichen werden. Ein Vergleich der Stadtstaaten untereinander scheitert an Unterschieden im Aufbau der Haushalte. Hamburg führt für den gesamten Stadtstaat einen Haushalt. Auch in Berlin ist eine Unterscheidung zwischen Landes- und Gemeindeangelegenheiten nicht möglich. Der Umfang der Aufgaben der Bezirksämter ist

jedoch hier relativ größer als in Hamburg. In Bremen bestehen für Hansestadt (Land) und die Gemeinden gesonderte Haushalte.

In Tabelle 5 sind dem Ministerialbereich »Wirtschaft, Handel und Verkehr« bei den Stadtstaaten die personell erheblich ins Gewicht fallenden Aufgabenbereiche des Bau- und Wohnungswesens (Einzelplan 6 der stadtstaatlichen Haushalte) zugerechnet. Hier sind auch die Dienstkräfte bedeutender Einrichtungen des gemeindlichen Wirkungsbereichs, wie Feuerwehr, Straßenreinigung und -beleuchtung, Müllabfuhr u. dgl. (vgl. S. 13), sowie der Berliner Post nachgewiesen. Unter »Übrige Behörden« ist lediglich das Personal der Bezirksämter (in Hamburg und West-Berlin) und der Stadtgemeinde Bremerhaven ausgebracht.

3. Gemeinden und Gemeindeverbände

(Tabellen A 1, 3, 6, 7 und 8, C 12 und 13)

Die Kammereiverwaltungen der Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände weisen zum 2. Oktober 1953 insgesamt rund 453 300 Bedienstete nach. Das Personal der Sparkassen bleibt dabei in allen Ländern außer Betracht. Die Zahl der hauptberuflich vollbeschäftigten Dienstkräfte der Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern wurde für 1950 auf etwa 10 000 geschätzt.

Die Gesamtzahl der Bediensteten ist gegenüber dem Vorjahre um rund 33 400, das sind 8,0 vH, gestiegen. Die Zahl der Arbeiter erhöhte sich jedoch erheblich stärker, unter anderem infolge des regen Straßen- und Wegebau des Gemeinden, der, z. B. in Bayern, zum Teil aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung finanziert wurde; der Zugang an Arbeitern beträgt rund 12 600, das sind 8,9 vH. Bleibt bei Berechnung dieser vH-Zahl Hessen (wegen der Veränderungen im Verwaltungsaufbau, siehe unten) außer Betracht, erreicht der Zugang an Arbeitern 10,5 vH.

Die Vermehrung der Beamten und Angestellten zusammen von 1952 auf 1953 beträgt rund 20 800, das sind 7,5 vH. Nur in Schleswig-Holstein ist für die Gesamtheit der kommunalen Verwaltungen die Zahl der Beamten und Angestellten bei gleichzeitigem Steigen der Arbeiterzahl gesunken; dies ist durch die Entwicklung in den kreisfreien Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern bestimmt.

Bei zeitlichen Vergleichen der Gesamtzahlen sind auch hier die oben geschilderten organisatorischen Veränderungen der nordrhein-westfälischen und hessischen Verwaltung in Rechnung zu stellen. In Nordrhein-Westfalen ist der Personalstand der Landschaftsverbände um rund 6 800 auf 10 000 gestiegen. In Hessen ist durch die Übernahme der Straßenbauverwaltung auf das Land trotz der gleichzeitigen Übernahme einiger Anstalten im Regierungsbezirk Darmstadt durch den Landeswohlfahrtsverband das bei den Bezirksverbänden nachgewiesene

8. Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände

Dienstverhältnis	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen				
	am 2. 10. 1953			am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950
	Kammereiverwaltungen ¹⁾	Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ²⁾	Zusammen		
	Anzahl		vH	Anzahl	
Beamte.....	112 146	5 010	117 156	21,1	109 346
Angestellte.....	187 360	22 829	210 189	37,9	196 751
Arbeiter.....	153 814	73 386	227 200	41,0	214 136
Insgesamt ...	453 320	101 225	554 545	100	—
dagegen					
am 2. 10. 1952 ...	419 906	100 327	—	—	520 233
am 2. 9. 1950 ...	415 127	98 255	—	—	513 382

¹⁾ Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern. — ²⁾ Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern. — ³⁾ Aufteilung für wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit geschätzt.

Personal dieser Körperschaft gegenüber 1952 um rund 600 gesunken; dadurch hat sich in etwa gleichem Umfange die Zahl der Arbeiter im Dienst der Kammereiverwaltungen Hessens verringert.

Die kreisfreien Städte beschäftigen mit rund 242 900 Dienstkräften nach wie vor den Großteil des kommunalen Personals, doch ist ihr Anteil gegenüber 1950 (53,9 vH) und 1952 (55,3 vH) auf 53,6 vH 1953 gesunken. Der Zugang an Beamten und Angestellten bei diesen Körperschaften beträgt im Durchschnitt 4,9 vH, in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg um 6 vH.

Die kreisangehörigen Gemeinden weisen zum 2. Oktober 1953 rund 116 000 Dienstkräfte nach. Der rechnerische Zugang gegenüber dem Vorjahr von 10,4 vH, für Beamte und Angestellte 7,8 vH, erscheint überhöht, da bei der Vielzahl der Berichtstellen die oben dargestellte Verfeinerung der Nachweisung (vgl. methodische Vorbemerkungen), besonders hinsichtlich der hauptberuflichen Wahlbeamten und der aus Sachkonten bezahlten Arbeiter in einzelnen Ländern sich als fühlbare Erweiterung des erfaßten Personenkreises auswirkt. Im übrigen bringt auch bei den kreisangehörigen Gemeinden der Ausbau der Lastenausgleichsverwaltung, der öffentlichen Einrichtungen, der Wege und Straßen einen erheblichen Zugang an Beschäftigten mit sich.

Der Personalstand der Ämter ist gegenüber 1952 insgesamt um rund 600, das sind 5,3 vH, gestiegen. In Rheinland-Pfalz ist der Zugang allerdings erheblich stärker; in Schleswig-Holstein wurde das Personal der Ämter verringert.

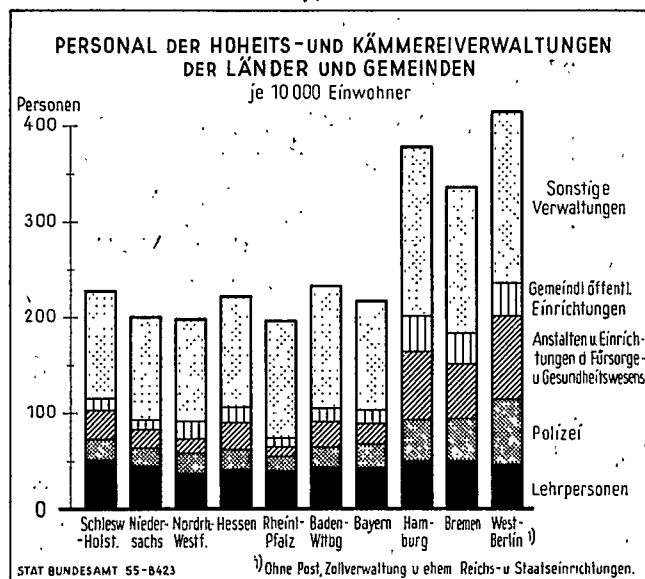
Bei den Landkreisen ist der Personalstand auf rund 63 200 um 7,9 vH, für die Beamten und Angestellten um 6,9 vH gestiegen. Bei diesen Körperschaften fällt besonders die Vermehrung der Aufgaben zur Durchführung der Bundesgesetzgebung (z.B. Lastenausgleich) ins Gewicht. Die Gesamtsteigerung ist vermindert durch das Sinken der Bedienstetenzahl der bayerischen Landkreise infolge der Überführung der Ausgleichsämter auf das Land. In Rheinland-Pfalz hat sich dagegen der Personalstand der Landkreise durch die Übernahme der nichtbeamteten Hilfskräfte der staatlichen landrätlichen Verwaltung in Rheinhessen und der Pfalz erheblich erhöht.

Der Personalstand der Bezirksverbände hat durch die Errichtung der nordrhein-westfälischen Landschaftsverbände eine Erhöhung um über ein Drittel auf rund 19 500 erfahren. Ohne Nordrhein-Westfalen und Hessen ergibt sich gegenüber 1952 ein Zugang von rund 270, das sind 5,0 vH, für die Beamten und Angestellten von rund 300, das sind 7,5 vH.

Der Personalstand der kommunalen wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ist für 1953 nur bei den etwa 1 500 Gemeindeverbänden und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern festgestellt worden, bei denen allerdings rund 88 vH des im Vorjahr erfaßten Personenkreises (einschl. der Gemeinden mit 1 000 Einwohnern bis unter 10 000 Einwohnern, vgl. methodische Vorbemerkungen) tätig sind. Die Gesamtzahl der Bediensteten dieser Körperschaften hat sich gegenüber dem Vorjahr in der Summe nur unbedeutend auf rund 101 200 erhöht, die regionalen Veränderungen sind nicht erheblich.

4. Regionale Unterschiede

Die Problematik regionaler Vergleiche personalstatistischer Angaben wurde bei Veröffentlichung der Ergebnisse für 1952 ausführlich dargestellt. Sie ergibt sich vor allem aus der unterschiedlichen Aufgabenintensität, d.h. dem verschiedenen Ausmaß, mit dem bestimmte Aufgaben von der gebietskörperschaftlichen Verwaltung in den einzelnen Ländern wahrgenommen werden. Auch auf die Bedenken gegen die Umrechnung der Ergebnisse nach der Einwohnerzahl wurde hingewiesen. Das folgende Schaubild ist ohne das Personal der Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern (für die Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens und die gemeindlichen öffentlichen Einrichtungen mit weniger als 10 000 Einwohnern) errechnet.



Die Werte für West-Berlin sind ausschließlich des Personals der Berliner Post, der Zollverwaltung und der ehemaligen Reichs- und Staatseinrichtungen berechnet. Im übrigen werden durch die beträchtlichen Veränderungen des Bevölkerungsstandes einzelner Länder — einer Verminderung um rund 3 vH gegenüber dem Vorjahr in Schleswig-Holstein steht eine Vermehrung um 2 bis 2,6 vH in Nordrhein-Westfalen, den Hansestädten und Baden-Württemberg gegenüber — die hier dargestellten Verhältniszahlen stark beeinflusst. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist z.B. für Schleswig-Holstein zu einem Drittel auf das Sinken der Bevölkerungszahl zurückzuführen.

Die im obenstehenden Schaubild als Gliederung verwendeten Aufgabenbereiche sind im folgenden Abschnitt III, 1 im einzelnen dargestellt.

III. Gliederung nach Personalgruppen

1. Aufgabenbereiche

(Tabellengruppen B und C)

In den folgenden Abschnitten sind Angaben über den Personalstand staatlicher und kommunaler Einrichtungen behandelt, die nicht zu dem im allgemeinen Sprachgebrauch als »Verwaltung« bezeichneten Aufgabenbereich gehören und im Ausland auch vielfach nicht zur öffentlichen Verwaltung gerechnet werden. Die Darstellung beschränkt sich auf die wichtigsten Personalgruppen, deren Sonderstellung von der Aufgabe her, zum Teil auch durch Besonderheiten des Dienstverhältnisses gekennzeichnet ist, nämlich Lehrpersonen, Dienstkräfte der Polizei, der Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens, der gemeindlichen öffentlichen Einrichtungen und der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Bei allen diesen Aufgabenbereichen — die Polizei ausgenommen — steht die Bereitstellung von Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung für die Allgemeinheit im Vordergrund. An den hier genannten Aufgaben — die Ausgliederung der an sich zu diesem Bereich gehörenden Aufgabegebiete ist nicht vollständig — sind über 770 000 Personen, das sind 50,6 vH des Gesamtpersonals der Gebietskörperschaften (einschl. West-Berlins), tätig. An der Durchführung dieser Aufgaben haben, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, Länder und Gemeinden (Gv) mit rund 326 900 bzw. 310 100 Bediensteten etwa gleichen Anteil. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden beanspruchen die angegebenen Personengruppen 54,4 vH des Gesamtpersonals, bei den Hansestädten 54,1 vH, bei den Ländern 53,8 vH und beim Bund 14,1 vH.

Lehrpersonen

Zum 2. Oktober 1953 wurden insgesamt (einschließlich West-Berlins) rund 216 700 Lehrpersonen gezählt, davon bei den Ländern 164 900, bei Gemeinden und Gemeindeverbänden 29 900; von den Hansestädten wurden rund 11 500 Lehrpersonen nachgewiesen, die rechtlich in Hamburg Staatsbedienstete, in Bremen Kommunalbedienstete besonderer Art sind, von West-Berlin 10 300. Das zahlenmäßige Verhältnis der staatlichen zu den kommunalen Lehrkräften hat sich gegenüber dem Vorjahre nicht erheblich verändert. Von den Beamten der Länder sind 46,3 vH, von den Kommunalbeamten 22,4 vH Lehrpersonen.

Seit dem 2. September 1950 wurde die Zahl der Lehrkräfte (ohne West-Berlin) um rund 18 000 erhöht, darunter um rund 4 000 in Bayern, 3 400 in Niedersachsen, 2 900 in Baden-Württemberg und 2 700 in Nordrhein-Westfalen. Die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben die Einstellungen überwiegend zwischen dem 2. Oktober 1952 und 2. Oktober 1953 vorgenommen, während der Zugang in Schleswig-Holstein, Hessen, Bayern und Hamburg zum Großteil in den Zeitraum zwischen 2. September 1950 und 2. Oktober 1952 fällt. Die Zahl der Lehrpersonen in Berlin ist gegenüber 1952 konstant geblieben. Die geringfügige Verminderung geht auf Schwankungen in der Zahl der aus Vertretungsmitteln bezahlten Kräfte zurück.

Im Zusammenhang mit dem Zugang an Lehrkräften in den einzelnen Ländern steht auch die Entwicklung der Zahl der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Kräfte, die insgesamt (ohne West-Berlin) rund 14 300 betragen. Da Lehrkräfte in der Regel nach einer gewissen Dienstzeit in das Beamtenverhältnis überführt werden, ist eine Vermehrung der Kräfte im Angestelltenverhältnis nur in den Ländern festzustellen, die im Berichtsjahr in größerem Umfang Lehrer eingestellt haben, vor allem in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Im kommunalen Bereich ist eine Vermehrung der Lehrkräfte in allen Gemeindegrößenklassen sowie bei den Ämtern und Landkreisen festzustellen.

Nach den Ergebnissen der Schulstatistik¹⁾ verteilen sich die 1953 von Gebietskörperschaften (ohne West-Berlin) beschäftigten Lehrpersonen auf die einzelnen Schularten etwa wie folgt:

Volksschulen	126 500
Sonderschulen	3 600
Mittelschulen	8 100
Höhere Schulen	27 900
Einheitsschulen (Hamburg und Bremen)	8 600
Berufsschulen	16 900
Berufsfachschulen	3 400
Fachschulen	4 700
Lehrerbildende Anstalten	700
Wissenschaftliche Hochschulen	6 600

Die Entwicklung der Lehrerbzahl seit 1950 ist nach Schularten sehr unterschiedlich. Für den Gesamtbereich des Schulwesens (also einschließlich der von Nichtgebietskörperschaften und Privaten getragenen Schulen, jedoch ohne West-Berlin) stieg die Zahl der hauptamtlichen Lehrer an Mittelschulen etwa um die Hälfte (rund 3 300) des Bestandes von 1950, der Lehrer an Berufsfachschulen um über ein Drittel (rund 1 400), der Berufsschullehrer um ein Viertel (rund 3 700), der Fachschullehrer um ein Sechstel (rund 1 100), der Lehrer an höheren Schulen um über ein Sechstel (rund 4 800); die Zahl der Volksschullehrer erhöhte sich dagegen nur um 1 vH (rund 1 400). Der Anteil weiblicher Lehrkräfte ist im allgemeinen gestiegen. Bei den Volksschulen stieg von 1952 auf 1953 nur die Zahl der weiblichen Kräfte, während die Zahl der männlichen geringfügig zurückging (siehe auch Abschnitt III, 3).

Polizei

Zum 2. Oktober 1953 sind von den Gebietskörperschaften (einschließlich West-Berlins) rund 134 700 Polizeibedienstete nachgewiesen worden, davon im Bundesdienst (Bundesgrenzschutz, Amt für Paßkontrolldienst, Bundeskriminalamt) rund 12 500. Bei den Ländern und Hansestädten wurden am Stichtag 87 550 Polizeibedienstete gezählt. Außer dem Vollzugsdienst sind 1953 einheitlich das dazugehörige Verwaltungspersonal (z. B. in Schreibstuben, Beschaffungsämtern) und die in Einrichtungen der Polizei (Schulen, Hundedressuranstalten u. dgl.) beschäftigten Kräfte nachgewiesen, 1952 dagegen zum Teil nur der Vollzugsdienst im engeren Sinne. Daher enthält die Nachweisung für 1953 bei einzelnen Ländern erstmalig (Schleswig-Holstein, Hamburg) oder gegenüber dem Vorjahre in erhöhtem Umfang Angestellte und Arbeiter. Eine beträchtliche Vermehrung der Polizeibeamten ist vor allem in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen festzustellen. Das nordrhein-westfälische Polizeiorganisationsgesetz vom 11. August 1953, das die Verstaatlichung der Polizei brachte, ändert an der statistischen Darstellung nichts, da die Polizeiverbände in der Finanzstatistik allgemein als Teile der staatlichen Verwaltung behandelt worden sind. Von den Landesbeamten gehören 20,7 vH, von den Kommunalbeamten 15,8 vH der Polizei an.

In einzelnen Ländern werden staatliche Polizeibehörden mit der Durchführung von Aufgaben der Ordnungsverwaltung betraut. So bearbeiten diese in Rheinland-Pfalz unter anderem das Meldewesen, die Gewerbeполиizei einschließlich der Preisprüfung und das Vereins- und Versammlungswesen; mit Verwaltungspolizeilichen Aufgaben waren in Rheinland-Pfalz rund 600 Polizeibedienstete, darunter rund 300 Angestellte, beschäftigt. In Niedersachsen sind der staatlichen Polizei das Versammlungswesen, das Sprengstoff-, Waffen- und Munitionswesen und die Angelegenheiten des Verkehrs mit feuergefährlichen Gegenständen übertragen²⁾. In Berlin ist die Trennung zwischen Polizei und Ordnungsbehörden nicht durchgeführt.

Der Personalstand der Bereitschaftspolizei beträgt im Bundesgebiet zum 2. Oktober 1953 rund 10 500 Kräfte; die Bereitschaftspolizei Berlins ist in dieser Zahl wie auch in der Gesamtzahl der Polizeibediensteten nicht enthalten. Gegenüber dem Vorjahre ist die Bereitschaftspolizei regional unterschiedlich um insgesamt rund 1 800 Kräfte verstärkt worden.

Die Zahl der gemeindlichen Polizeibediensteten (zu denen rechtlich auch der Großteil der bremischen Polizei gehört) ist gegenüber 1952 um rund 300 auf rund 19 500 gestiegen. Die Zunahme beschränkt sich im wesentlichen auf die

¹⁾ Vgl. Statistischen Bericht VIII/9/8 für allgemeinbildende Schulen, der auch regionale Vergleichszahlen enthält. Für die berufsbildenden Schulen ist ein Quellenband in Vorbereitung.

²⁾ VO vom 28. Januar 1953 (GVBl. S. 10).

kreisfreien Städte, während in den kreisangehörigen Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern die Zahl der Polizeibediensteten sank. Die Abnahme in Rheinland-Pfalz geht auf Verstaatlichung einzelner gemeindlicher Polizeiverwaltungen zurück.

Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens

Von den Ländern, Hansestädten, Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbänden sind zum 2. Oktober 1953 99 400 bei Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens beschäftigte Kräfte nachgewiesen worden. Die Länder Baden-Württemberg und Bayern haben allerdings die Angaben nur für den kommunalen Bereich geliefert. Die Gesamtsumme (einschließlich West-Berlins) liegt somit bei rund 130 000 Dienstkräften, rund 5 000 mehr als am 2. Oktober 1952. Für 1953 hat West-Berlin nur die Krankenanstalten mit rund 14 100 Dienstkräften besonders ausgegliedert; zum 2. Oktober 1952 wurden rund 19 400 Bedienstete bei Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens nachgewiesen. Die Einrichtungen der Versorgungsverwaltung mit insgesamt rund 3 500 Dienstkräften (vgl. Abschnitt II, 1) sind in diesen Angaben nicht enthalten.

Nach den — auf Grund der Vorjahresergebnisse schätzungsweise ergänzten — Angaben für 1953 sind 19,4 vH des Personals der Gemeinden und Gv., 18,4 vH des Personals der Hansestädte und 3,3 vH des Personals der Länder bei Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens tätig. Der Anteil der Angestellten (52,7 vH) ist gegenüber dem Vorjahr geringfügig gesunken, der Anteil der Arbeiter (39,3 vH) gestiegen.

Über die Struktur des Personals des Gesundheitswesens läßt sich aus den Ergebnissen der Krankenanstaltsstatistik¹⁾ entnehmen, daß 1952 bei öffentlichen Krankenanstalten im Bundesgebiet beschäftigt waren: rund 15 100 vom Anstaltsträger bezahlte Ärzte (also ohne die vom leitenden Arzt bezahlten, hospitierenden und unbezahlten Ärzte), das sind etwa 11 vH des Gesamtpersonals, etwa 64 300 Pflegekräfte, das sind etwa 46 vH des Gesamtpersonals, darunter rund 36 000 Krankenschwestern, ferner etwa 9 500 Verwaltungskräfte und rund 50 500 Wirtschaftskräfte, das sind 7 vH bzw. 37 vH des Gesamtpersonals. Der Begriff »öffentliche Krankenanstalten« ist hier allerdings etwas weiter gefaßt als in der Finanz- bzw. Personalstandstatistik (zur Abgrenzung des Begriffs siehe methodische Vorbemerkungen). Er umfaßt neben den Krankenhäusern, Entbindungsheimen u. dgl. Anstalten für Nerven- und Geisteskranken sowie auch Kliniken. Außer den von Gebietskörperschaften unmittelbar getragenen sind auch die mittelbar (d. h. durch Zuschüsse oder durch Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften) sowie die von Sozialversicherungsträgern getragenen Anstalten einbezogen. Die Struktur des Personals differiert regional infolge der unterschiedlichen Zweckbestimmung der Anstalten erheblich. Der Anteil der Ärzte am Gesamtpersonal ist in den Ländern, die eine tiefere Aufgliederung lieferten, bei den staatlichen Anstalten höher als bei den kommunalen.

Die Entwicklung des Personalstandes der Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens weist erhebliche regionale Unterschiede auf. In Schleswig-Holstein und Hessen liegen die Angaben beträchtlich höher, in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz niedriger als 1952. Die bereits erwähnten Verwaltungsumbildungen in Nordrhein-Westfalen und Hessen (vgl. S. 8) haben eine Aufgabenverlagerung vom staatlichen auf den kommunalen Bereich zur Folge gehabt, die auch in der Summe für die Länder bzw. Gemeinden und Gemeindeverbände sichtbar wird. Bei den Gemeinden (Gv.) ist ein Zugang von nahezu 10 000 Dienstkräften festzustellen. Über die Hälfte der kommunalen Bediensteten ist bei den kreisfreien Städten, je ein Sechstel bei den Landkreisen und Bezirksverbänden und ein Zehntel bei den kreisangehörigen Gemeinden tätig.

¹⁾ Vgl. Band 89 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland.

Öffentliche Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbände

Bei den öffentlichen Einrichtungen der Gemeinden mit 1 000 und mehr (in Baden-Württemberg 10 000 und mehr) Einwohnern und Gemeindeverbänden sowie den Hansestädten und der Stadt Berlin waren am 2. Oktober 1953 rund 83 800 Dienstkräfte tätig. Der Aufgabenbereich öffentliche Einrichtungen beansprucht 6,7 vH der kommunalen Beamten, 4,8 vH der Angestellten und 35,6 vH der Arbeiter. Im Bundesdurchschnitt sind drei Viertel der hier beschäftigten Bediensteten Arbeiter.

Die Bedeutung der öffentlichen Einrichtungen für den Personalstand ist nach Art der Gebietskörperschaften und Größenklassen sehr verschieden. Ihr Anteil beträgt bei den kreisfreien Städten 21,7 vH des gesamten Personals, bei den Städten mit 200 000 und mehr Einwohnern sogar 23,1 vH, bei den kreisangehörigen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern um 17,1 vH und bei den Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern 9,7 vH. Die Gemeindeverbände haben nur geringe Aufgaben auf diesem Gebiet. In den Hansestädten waren durchschnittlich 9,7 vH des gesamten Personals der Hoheits- und Kammereiverwaltungen bei öffentlichen Einrichtungen beschäftigt.

Nach den Ergebnissen der Gemeindefinanzstatistik 1952²⁾ entfallen vom Personalaufwand der Gemeinden und Gemeindeverbände für die öffentlichen Einrichtungen etwa 15 vH auf Straßenreinigung, Fuhrpark und Tierkörperbeseitigung, etwa 12 vH auf Park- und Gartenanlagen, etwa 10 vH auf Feuerlöschwesen, etwa 10 vH auf Einrichtungen der Lebensmittelversorgung und des Marktwesens, je ein weiteres Zehntel auf das Bestattungswesen und die Stadtentwässerung einschließlich Bedürfnisanstalten und etwa 8 vH auf Müllbeseitigung und -verwertung.

Ausgleichsämter

In der Lastenausgleichsverwaltung waren am 2. Oktober 1953 rund 16 800 Dienstkräfte tätig. Davon entfielen rund 200 auf den Bund (Bundesausgleichsamt), 2 400 auf die Länder, 11 500 auf Gemeinden und Gemeindeverbände, 1 200 auf die Hansestädte und 1 500 auf West-Berlin. Insgesamt sind in der Ausgleichsverwaltung 0,5 vH der Beamten und Angestellten der Länder, 4,3 vH der kommunalen Beamten und Angestellten beschäftigt.

Der Anteil der staatlichen Verwaltung am Personal der Ausgleichsverwaltung überwiegt nur in Bayern, wo alle Ausgleichsämter mit Ausnahme der in fünf kreisfreien Städten bestehenden gemeindlichen Ämter den staatlichen Landratsämtern angegliedert sind. Von den rund 11 500 Dienstkräften kommunaler Ausgleichsämter sind rund 5 500 in kreisfreien Städten, rund 5 200 in Landkreisverwaltungen und nur rund 800 in kreisangehörigen Gemeinden und Ämtern beschäftigt.

Wirtschaftliche Unternehmen

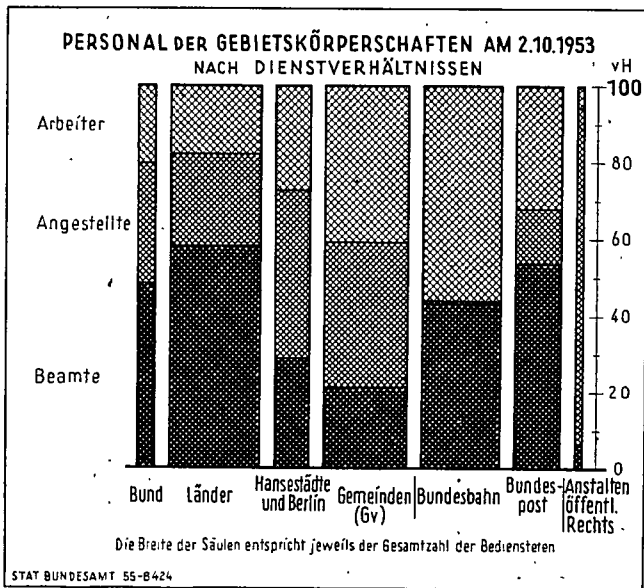
Bei den wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind zum 2. Oktober 1953 (einschließlich West-Berlins) rund 193 800 Bedienstete nachgewiesen. Einschließlich der etwa 13 000 Dienstkräfte bei Unternehmen der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern, die 1953 nicht erfragt wurden, sind somit 13,8 vH des Gesamtpersonals der Gebietskörperschaften bei wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit tätig.

148 900 Kräfte, das sind 76,9 vH des bei den erfaßten wirtschaftlichen Unternehmen beschäftigten Personenkreises sind Arbeiter, darunter etwa ein Fünftel nicht ständig Beschäftigte. Die Zusammensetzung hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert.

²⁾ Vgl. Band 118 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland.

2. Dienstverhältnisse und Laufbahngruppen

Von den Dienstkräften der Hoheits- und Kämmererverwaltungen der Gebietskörperschaften (einschließlich West-Berlins) sind zum 2. Oktober 1953 rund 570 600 als Beamte, rund 457 400 als Angestellte und rund 269 400 als Arbeiter nachgewiesen worden. Das von der Gesamtheit der in der Personalstandstatistik befragten Körperschaften, Anstalten und Einrichtungen (einschließlich der wirtschaftlichen Unternehmen) nachgewiesene Personal gliedert sich in rund 968 100, das sind 41,3 vH Beamte, rund 567 400, das sind 24,2 vH Angestellte, und rund 806 100, das sind 34,5 vH Arbeiter.



Bei den Hoheitsverwaltungen des Bundes und der Länder ist gegenüber dem Vorjahre ein leichter Rückgang des Anteils der Beamten am Gesamtpersonal festzustellen, und zwar in der Bundesverwaltung (ohne Versorgungsverwaltung) von 55,9 vH auf 54,7 vH, in den Landesverwaltungen (einschließlich der Versorgungsverwaltung, aber ohne Hansestädte und West-Berlin) von 62,9 vH auf 62,6 vH. Im gemeindlichen Bereich blieb der Anteil der Beamten unverändert. Im Gesamtbereich der Hoheits- und Kämmererverwaltungen (ohne West-Berlin) sank der Anteil der Beamten von 46,0 vH 1952 auf 45,6 vH 1953. Dagegen stieg der Anteil der Angestellten, und zwar insbesondere beim Bund; der Anteil der Arbeiter erhöhte sich bei den Ländern.

Die Entwicklung ist allerdings durch verschiedenartige Einflüsse bedingt. Beim Bund wird das Ergebnis im wesentlichen durch das geringfügige Sinken des Anteils der Beamten in den Geschäftsbereichen des Innen- und des Finanzministeriums bewirkt. Bei den Ländern und Hansestädten ist einerseits der Anteil der Beamten in einzelnen Ministerialbereichen zurückgegangen, so im Bereich der Kultusministerien von 81,7 vH am 2. Oktober 1952 auf 80,9 vH am 2. Oktober 1953, der Innenministerien von 66,2 vH auf 65,8 vH und der Finanzministerien von 46,0 vH auf 44,8 vH. In anderen Aufgabenbereichen vergrößerte sich der Anteil der Beamtenschaft, so in den Geschäftsbereichen der Justizministerien von 63,5 vH auf 64,8 vH. Außerdem wurde das Personal vorwiegend in den Aufgabenbereichen besonders vermehrt, die von der Aufgabenstellung her einen relativ hohen Anteil an Beamten aufweisen, so die Geschäftsbereiche der Kultusministerien, der Innenministerien, der Justizministerien und der Finanzministerien. In den Geschäftsbereichen der Ministerien für Arbeit, Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, deren Personalstand in der Summe gering gestiegen ist, liegt der Anteil der Beamten etwa zwischen 10 und 25 vH. Im Bereich der Ministerien für Wirtschaft und Verkehr überwiegen nämlich in der Summe der Länder und Hansestädte die Arbeiter, in den Bereichen der Ministerien für Arbeit und Landwirtschaft stellen die Angestellten die zahlenmäßig stärkste Gruppe dar. Im Geschäftsbereich der Finanzministerien ist die Zahl der Angestellten nur wenig größer als die Zahl der Beamten.

Hinsichtlich der Zusammensetzung des Personals nach Laufbahngruppen ist ein geringes Ansteigen des vH-Anteils des höheren Dienstes und ein Sinken des einfachen Dienstes zu beobachten. So stieg die Gesamtzahl der Beamten und Angestellten des höheren Dienstes bei den Hoheits- und Kämmererverwaltungen der Gebietskörperschaften vom 2. September 1950 bis 2. Oktober 1953 insgesamt von rund 77 300 auf rund 96 500; der entsprechende Personenkreis im einfachen Dienst vergrößerte sich von rund 94 200 auf rund 98 800. Im staatlichen Bereich ist der Anteil des höheren Dienstes allerdings nur bei den Beamten relativ gestiegen; bei den Angestellten hat er sich infolge der Beamtenernennungen im höheren Dienst verringert. Im kommunalen Bereich dagegen hatten die Angestellten einen absolut und relativ größeren Anteil am Gesamtzugang im höheren Dienst als die Beamten.

Für die übrigen Laufbahngruppen verläuft die Entwicklung nicht einheitlich. Während bei den Ländern im Durchschnitt der Anteil des gehobenen Dienstes sank, der des mittleren Dienstes dagegen anstieg, zeigt sich im kommunalen Bereich das entgegengesetzte Bild. In der Bundesverwaltung ist der zeitliche Vergleich durch die Aufstellung des Bundesgrenzschutzes stark beeinträchtigt.

9. Beamte und Angestellte der Hoheits- und Kämmererverwaltungen der Gebietskörperschaften nach Laufbahngruppen vH¹⁾

Körperschaft und Laufbahngruppe	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen					
	am 2. 10. 1953			am 2. 10. 1952		
	Be-amte	Ange-stellte	Zu-sammen	Be-amte	Ange-stellte	Zusammen
Bund²⁾						
Hoherer Dienst	8,0	11,0	9,0	6,8	11,2	8,1
Gehobener Dienst	22,0	29,2	24,2	26,9	28,5	23,2
Mittlerer Dienst	43,9	53,3	46,9	43,3	53,8	46,4
Einfacher Dienst	26,1	6,5	19,9	29,0	6,5	22,3
Länder³⁾						
Hoherer Dienst	15,1	5,2	12,0	14,1	5,4	11,4
Gehobener Dienst	53,5	22,2	43,9	54,5	21,1	44,3
Mittlerer Dienst	27,7	58,1	37,0	27,4	56,9	36,5
Einfacher Dienst	3,7	14,5	7,1	4,0	16,6	8,4
Hansestädte³⁾						
Hoherer Dienst	13,1	5,4	9,0	12,8	5,7	9,0
Gehobener Dienst	43,5	17,1	29,7	42,3	17,5	29,1
Mittlerer Dienst	39,9	64,2	52,6	41,7	62,5	52,9
Einfacher Dienst	3,5	13,3	8,7	3,2	14,3	9,0
Gemeinden⁴⁾ und Gemeindeverbände						
Hoherer Dienst	15,8	5,0	9,1	15,6	4,3	8,6
Gehobener Dienst	42,6	17,2	26,9	41,9	16,6	26,3
Mittlerer Dienst	38,8	53,4	47,8	39,5	55,5	49,4
Einfacher Dienst	2,8	24,4	16,2	3,0	23,6	18,2
Insgesamt						
Hoherer Dienst	14,4	5,5	10,7	13,6	5,3	10,1
Gehobener Dienst	47,7	20,0	36,2	48,2	19,2	36,2
Mittlerer Dienst	32,1	56,3	42,2	32,1	56,7	42,3
Einfacher Dienst	5,8	18,2	10,9	6,1	18,8	12,1

¹⁾ Summe der vier Laufbahngruppen jeweils 100 vH. — ²⁾ Ohne Versorgungsverwaltung. — ³⁾ Einschl. Versorgungsverwaltung. — ⁴⁾ Mit 10 000 und mehr Einwohnern.

Die Zusammensetzung der Beamtenschaft nach Laufbahngruppen ist in den einzelnen Aufgabenbereichen sehr verschieden. So stehen von den Beamten der Länder im Bereich der Justizministerien insgesamt ein Drittel im höheren, ein Viertel im gehobenen, 22 vH im mittleren und 18 vH im einfachen Dienst; der Aufbau der Justizverwaltungen ist auch in diesem Punkte ziemlich einheitlich. Im Bereich der Kultusministerien stehen 83 vH der Beamten im gehobenen, 15 vH im höheren Dienst. Im Bereich der Innenministerien sind fast acht Zehntel der Beamten im mittleren Dienst tätig; die regionalen Unterschiede sind hier allerdings erheblich. Im Bereich der Finanzministerien stehen bei den meisten Ländern etwa die Hälfte der Beamten im gehobenen, um 40 vH im mittleren Dienst.

Bei den Angestellten der Länder überwiegt im allgemeinen der mittlere Dienst. Unterschiede nach den Aufgabenbereichen ergeben sich dadurch, daß häufig Beamtenstellen des gehobenen Dienstes (z. B. Lehrerstellen) mit Angestellten besetzt sind oder bestimmte Aufgaben des gehobenen Dienstes planmäßig von Angestellten wahrgenommen werden.

3. Weibliche Kräfte im öffentlichen Dienst

(Tabellengruppe D)

Bei den Gebietskörperschaften (einschließlich West-Berlins) waren am 2. Oktober 1953 370 350 hauptberuflich vollbeschäftigte weibliche Dienstkräfte tätig, das sind 24,8 vH des Gesamtpersonals. Außerdem beschäftigten Bundesbahn und Bundespost 84 514 weibliche Kräfte, die hier erfaßten Anstalten öffentlichen Rechts 11 405.

Der Anteil weiblicher Kräfte in der öffentlichen Verwaltung ist durch die verstärkte Übernahme »vorsorgender« Aufgaben, wie den Ausbau der Fürsorgeverwaltung, der Gesundheits- und Jugendpflege, der Versorgungs-, Ernährungs- und Arbeitsämter und des Schulwesens, nach dem ersten Weltkriege stark gestiegen. Diese Tendenz wurde auch durch die Entwicklung der Verwaltung nach dem zweiten Weltkriege gefördert. Nach den Ergebnissen der Berufszählung stieg der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der im Wirtschaftsbereich »Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse« Beschäftigten von einem Viertel 1938 auf 38 vH 1953.

Nach den Ergebnissen der Personalstandstatistik zum 2. Oktober 1953 ergibt sich gegenüber dem Vorjahr für die Gebietskörperschaften zusammen ein Zugang von rund 32 900 weiblichen Kräften. Der Anteilssatz steigt von 24,0 vH 1952 auf 24,8 vH 1953. Bei den Bundesverwaltungen und -betrieben (ohne Versorgungsverwaltung) erhöht sich die Zahl der weiblichen Kräfte insgesamt um 2300, der Anteil um 1 vH auf 13,4 vH, bei den Landesverwaltungen (ohne Versorgungsverwaltung) um 17 800 Frauen, das ist um 1,7 vH auf 23,6 vH, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden bleibt er etwa konstant.

Diese Verhältniswerte sind von der Struktur und den Aufgaben der einzelnen Verwaltungen bestimmt. Verwaltungen mit überwiegend obrigkeitlichen Aufgaben, insbesondere im Bereich der Polizei, sind in der Hauptsache mit männlichen Kräften besetzt. Dies gilt vor allem für den Bundesgrenzschutz, ohne den der Anteil der Frauen in der Bundesverwaltung bei 14,5 vH liegt. Im Geschäftsbereich der Innenministerien der Länder sind 12,8 vH der Bediensteten Frauen, überwiegend Angestellte; von den Beamten sind lediglich 1,2 vH weiblich. Ein ähnliches Bild bietet der Bereich der Finanz- und Justizverwaltungen der Länder. Der Anteil der Frauen in der

Beamtschaft beträgt hier etwa 2 vH, während von den Angestellten und Arbeitern ein Viertel, mitunter die Hälfte weiblich sind. Im Geschäftsbereich der Wirtschafts- und Verkehrsministerien wird der verhältnismäßige Anteil der Frauen durch die große Zahl der Arbeiter der Verkehrsverwaltungen noch weiter herabgedrückt; bei Einbeziehung der Hansestädte (öffentliche Einrichtungen) sinkt der vH-Satz der Frauen hier unter 10. Daß der Anteil der Frauen in den Landesverwaltungen dennoch erheblich höher liegt als in der Bundesverwaltung, daß vor allem der weibliche Anteil in der Beamtschaft der Länder und Hansestädte 16,1 vH erreicht, ist vorwiegend auf die hohe Zahl weiblicher Lehrkräfte zurückzuführen. Der Anteil der Frauen beträgt hier nach den Ergebnissen der Schulstatistik rund 38 vH und ist weiterhin im Steigen begriffen; er liegt in anderen, vor allem den angelsächsischen Ländern zum Teil noch erheblich höher. Im Geschäftsbereich der Kultusministerien der Länder und Hansestädte sind deshalb rund 56 000 Dienstkräfte, das ist etwa ein Drittel der Beamten und über die Hälfte der Angestellten und Arbeiter, weiblich. Eine weitere Erhöhung des Anteils der Frauen ergibt sich bei den Ländern durch die Einrichtungen im Bereich der Arbeits- und Sozialministerien, z. B. die Heilanstalten, die zum größten Teil von den Hansestädten und Niedersachsen nachgewiesen wurden. Über die Hälfte der Bediensteten in diesem Aufgabenbereich sind weiblich.

Eine Aufgliederung des weiblichen Personals nach Laufbahngruppen liegt nur für den Bund vor. Wie aus Tabelle 16 hervorgeht, stehen die meisten beamteten Frauen im mittleren Dienst der Bundesbahn und Bundespost; auch im Angestelltenverhältnis überwiegt der mittlere Dienst. Der Anteil weiblicher Kräfte im höheren Dienst ist gegenüber den Vorjahren im allgemeinen gestiegen.

4. Schwerbeschädigte im öffentlichen Dienst

(Tabellengruppe E)

Die Zahl der Schwerbeschädigten im Dienst der Gebietskörperschaften ist gegenüber 1952 um rund 5 900 auf 87 550 gestiegen. Im gesamten hier erfaßten Bereich der öffentlichen Verwaltung (einschließlich Bundesbahn und -post sowie Anstalten öffentlichen Rechts) waren am 2. Oktober 1953 rund 135 900 Schwerbeschädigte beschäftigt.

10. Weibliches Personal im öffentlichen Dienst

Gebietskörperschaft und Land	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen					
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Zusammen	davon	
					Staatliche Verwaltung	Gemeindliche Verwaltung
	vH ¹⁾			Anzahl	vH ²⁾	
Bund	0,4	39,5	16,4	18 318	15,9	—
darunter: Versorgungsverwaltung	1,0	36,9	53,4	5 106	30,5	—
Länder, Gemeinden ²⁾ mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände						
Schleswig-Holstein	14,5	37,0	23,9	15 205	24,5	27,1
Niedersachsen	13,0	35,8	24,6	35 556	23,6	28,4
Nordrhein-Westfalen	16,3	35,5	21,6	73 758	23,7	24,5
Hessen	13,0	36,3	21,1	27 249	23,1	25,4
Rheinland-Pfalz	13,3	29,6	21,9	15 458	20,9	19,3
Baden-Württemberg	12,9	45,3	21,4	48 125	25,5	24,8
Bayern (einschl. Lindau)	16,0	40,0	25,9	63 523	25,6	23,8
Länder (ohne Hansestädte und West-Berlin) zusammen	14,6	37,8	23,1	278 874	24,2	24,8
Hansestädte und West-Berlin						
Hamburg	15,7	45,4	22,1	19 321	29,7	—
Bremen	15,5	41,5	30,3	5 963	28,8	—
West-Berlin	23,0	43,9	30,4	47 874	34,9	—
Gebietskörperschaften insgesamt	13,8	39,2	23,5	370 350	24,8	24,8
dagegen am 2. 10. 1952	12,5	37,9	21,0	337 455	23,6	24,3
davon am 2. 10. 1953						
Hoheits- und Kammereiverwaltungen	14,1	40,5	28,2	341 526	26,3	28,6
Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	2,1	19,9	15,0	28 824	14,9	8,1
Außerdem:						
Bundesbahn	0,8	9,7	4,0	13 359	2,6	—
Bundespost	17,8	79,9	8,3	71 155	23,6	—
Anstalten öffentlichen Rechts	3,4	33,1	16,8	11 405	30,1	—

¹⁾ Im Verhältnis zur betreffenden Personalgruppe. — ²⁾ Ohne Personal der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in Gemeinden bis 10 000 Einwohnern.

Durch Bundesgesetz vom 16. Juni 1953 ist der öffentlichen Verwaltung die Beschäftigung von 10 vH, den öffentlichen Betrieben von 8 vH Schwerbeschädigter zur Pflicht gemacht. Durch das Gesetz und die zu seiner Durchführung ergangenen Verordnungen sind jedoch einige Gruppen von Arbeitsplätzen von der Besetzungspflicht ausgenommen worden, so z. B. die Stellen der in Ausbildung stehenden Beschäftigten (Lehrlinge, Beamtenanwärter, Referendare), des Pflegepersonals, der Waldarbeiter. Für einzelne Wirtschaftszweige sowie für Betriebe, deren Arbeitsplätze üblicherweise zu mehr als 50 vH mit Frauen besetzt sind, wurde eine Herabsetzung der Pflichtquote angeordnet. Die Schaffung weiterer Ausnahmen von der Beschäftigungspflicht, z. B. für die Stellen des Exekutivdienstes der Polizei, des Grenzschutzes und Zolls, der Feuerwehr u. dgl., wird erwogen. Da die jährliche Personalstandstatistik die meisten Personalgruppen, für die Sonderbestimmungen gelten, nicht ausgliedert, läßt sich die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung der Gebietskörperschaften durch die Personalstandstatistik nicht prüfen.

Aus dem Material für die Bundesverwaltung ist zu ersehen, daß Aufgabenbereiche oder Einrichtungen, von deren Personal besondere Vorbildung und Eignung verlangt wird, wie der Auswärtige, der kriminalpolizeiliche Dienst oder der Wetterdienst, die gesetzliche Quote nicht erfüllen. Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern ist die Quote vor allem durch den Bundesgrenzschutz, im Bereich des Bundesministeriums der Finanzen durch die Zollverwaltung herabgedrückt. Im Bereich des Bundesministeriums für Verkehr tritt das gleiche durch die Bundeswasserstraßenverwaltung ein, die überwiegend aus Arbeitern im Außendienst besteht. Die Unterschiede zwischen den Ministerialbereichen und zwischen den einzelnen Ebenen der Verwaltung hinsichtlich des Anteils der Schwerbeschädigten sind somit in der verschiedenen Aufgabenstellung begründet.

5. Vertriebene und Heimkehrer im Dienst des Bundes

Zum 2. Oktober 1953 sind im Dienst des Bundes rund 24 900 Vertriebene nachgewiesen, darunter rund 24 700 bei den Hoheitsverwaltungen. Außerdem sind bei der Bundesbahn 55 500, der Bundespost 48 800 und den erfaßten Anstalten öffentlichen Rechts 7 700 Vertriebene beschäftigt. Rund 76 000 aller hier erfaßten Kräfte sind als Beamte, rund 20 500 als Angestellte und

rund 40 200 als Arbeiter gezählt worden. Der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtsumme beträgt für die Gesamtheit der hier zusammengefaßten Behörden und Einrichtungen bei den Beamten 17,4 vH, den Angestellten 19,9 vH und den Arbeitern 9,8 vH. Bei den Hoheitsverwaltungen des Bundes ist die Zahl der vertriebenen Dienstkräfte gegenüber 1952 um rund 2 500, darunter rund 700 Beamte, gestiegen.

11. Vertriebene und Heimkehrer im Dienst des Bundes

Beschäftigungsbereich	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen					
	am 2. 10. 1953			am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950	
	Be- amte	Ange- stellte	Ar- beiter	Zusammen		
Vertriebene						
Hoheitsverwaltungen	16 417	5 611	2 655	24 683	22 228	13 804
Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersön- lichkeit	10	26	142	178	174	63
Zusammen	16 427	5 637	2 797	24 861	22 402	13 867
in vH des Gesamtpersonals.	31,6	22,9	12,7	25,2	25,2	22,6
Bundesbahn	33 492	271	21 711	55 474	57 937	65 126
Bundespost	25 665	7 785	15 302	48 752	45 401	35 971
Anstalten öffentlichen Rechts	463	6 808	403	7 674	6 885	.
Insgesamt	76 047	20 501	40 213	136 761	132 625	114 964
in vH des Gesamtpersonals..	17,4	19,9	9,8	14,4	14,2	13,6
Heimkehrer						
Hoheitsverwaltungen	3 961	858	779	5 598	4 714	2 675
Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersön- lichkeit	2	23	115	140	126	42
Zusammen	3 963	881	894	5 738	4 840	2 717
in vH des Gesamtpersonals..	7,6	3,6	4,1	5,8	5,4	4,4
Bundesbahn	6 736	245	5 060	12 041	10 564	6 785
Bundespost	138	1 630	70	1 838	3 945	.
Anstalten öffentlichen Rechts						
Insgesamt	10 837	2 756	6 024	19 617	19 349	9 502
in vH des Gesamtpersonals..	5,0	2,7	5,0	4,5	4,7	3,0

Die Zahl der Heimkehrer im Dienst des Bundes beträgt zum 2. Oktober 1953 insgesamt rund 5 700, darunter bei den Hoheitsverwaltungen 5 600, das sind 5,8 vH des Gesamtpersonals. Die Zahl hat sich gegenüber 1952 um rund 900 erhöht.

Übersicht über die in der Personalstandstatistik zum 2. Oktober 1953 erfaßten kommunalen Gebietskörperschaften¹⁾

a) = Zahl der Gebietskörperschaften; b) = Zahl der Einwohner

Gemeindegrößenklasse	Länder								Hansestädte und West-Berlin			Bundesgebiet einschl. West-Berlin
	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern (einschl. Lindau)	Zusammen	Hamburg	Bremen	West-Berlin	
Kreisfreie Städte												
mit 200 000 und mehr	a) 2	2	9	2	—	2	2	19	1	1	1	22
Einwohnern	b) 491 774	721 153	4 173 845	830 071	—	818 684	1 290 796	8 326 323	1 705 721	478 381	2 232 800	12 743 225
mit 100 000 bis unter	a) 1	4	12	1	1	3	2	24	—	1	—	25
200 000 Einwohnern	b) 98 294	440 312	1 721 772	178 198	136 496	456 757	317 452	3 349 281	—	122 669	—	3 471 950
mit 50 000 bis unter	a) 1	5	12	2	5	3	6	34	—	—	—	34
100 000 Einwohnern	b) 73 399	333 515	899 207	206 575	396 034	209 273	445 835	2 563 838	—	—	—	2 563 838
mit weniger als	a) —	5	4	4	6	2	38	59	—	—	—	59
50 000 Einwohnern	b) —	207 552	169 448	176 993	195 813	*) 87 017	921 062	1 757 885	—	—	—	1 757 885
zusammen	a) 4	16	37	9	12	10	48	136	1	2	1	140
	b) 663 467	1 702 532	6 964 272	1 391 837	728 343	1 571 731	2 975 145	15 997 327	1 705 721	601 050	2 232 800	20 536 898
Kreisangehörige Gemeinden												
mit 50 000 und mehr	a) —	—	3	—	—	2	—	5	—	—	—	5
Einwohnern	b) —	—	187 277	—	—	133 009	—	320 286	—	—	—	320 286
mit 20 000 bis unter	a) 9	12	53	6	3	18	2	103	—	—	—	103
50 000 Einwohnern	b) 251 850	315 352	1 643 199	154 255	86 197	537 306	50 082	3 038 241	—	—	—	3 038 241
mit 10 000 bis unter	a) 16	43	93	18	10	33	14	227	—	—	—	227
20 000 Einwohnern	b) 212 364	592 997	1 359 672	248 203	139 176	493 571	164 956	3 210 939	—	—	—	3 210 939
mit 5 000 bis unter	a) 46	88	171	64	38	96	111	614	—	—	—	614
10 000 Einwohnern	b) 305 124	612 903	1 234 778	463 360	259 421	686 049	801 441	4 363 076	—	—	—	4 363 076
mit 3 000 bis unter	a) 38	160	220	102	66	159	169	914	—	—	—	914
5 000 Einwohnern	b) 133 686	586 998	873 757	385 241	271 803	627 452	651 979	3 530 916	—	—	—	3 530 916
mit 2 000 bis unter	a) 61	205	228	137	98	229	277	1 235	—	—	—	1 235
3 000 Einwohnern	b) 132 409	483 146	558 185	337 159	253 191	581 411	667 049	3 012 550	—	—	—	3 012 550
mit 1 000 bis unter	a) 256	790	508	473	361	747	1 173	4 308	—	—	—	4 308
2 000 Einwohnern	b) 296 451	1 020 125	720 399	638 323	518 811	1 060 617	1 540 988	5 795 714	—	—	—	5 795 714
mit 1 000 und mehr	a) 426	1 298	1 276	800	576	1 284	1 746	7 406	—	—	—	7 406
Einwohnern zusammen	b) 1 331 884	3 611 521	6 577 267	2 226 541	1 528 599	4 119 415	3 876 495	23 271 722	—	—	—	23 271 722
Ämter	a) 222	—	298	—	132	—	—	652	—	—	—	652
	b) 860 465	—	3 361 004	—	1 003 911	—	—	5 225 380	—	—	—	5 225 380
Kreise	a) 17	60	57	39	39	63	143	418	—	—	—	418
	b) 1 721 314	4 924 648	7 110 929	3 062 324	2 472 862	5 199 831	6 197 903	30 689 811	—	—	—	30 689 811
Bezirksverbände	a) —	—	2	1	1	2	7	13	—	—	—	13
	b) —	—	14075 201	4 454 161	1 139 273	3 807 675	9 111 690	32 588 000	—	—	—	32 588 000
Kreisangehörige Gemeinden												
mit weniger als	a) 964	2 954	1 070	1 897	2 329	2 088	5 329	16 631	—	—	—	16 631
1 000 Einwohnern ²⁾	b) 389 430	1 313 127	533 662	835 783	944 263	1 080 416	2 321 408	7 418 089	—	—	—	7 418 089
Gemeinden und Gemeinde-	a) 1 633	4 328	2 740	2 746	3 089	3 447	7 273	25 256	—	—	—	25 260
verbände insgesamt	b) 2 384 781	6 627 180	14 075 201	4 454 161	3 201 205	6 771 562	9 173 048	46 687 138	1 705 721	601 050	2 232 800	51 226 709

¹⁾ Fortgeschriebene Einwohnerzahl am 30. 6. 1953, Zuordnung nach dem Gebietsstand am 31. 3. 1954 und Einordnung der Gemeinden nach ihren Größenklassen am 13. 9. 1950; zum Teil vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Die Stadt Konstanz ist zum 2. 10. 1953 noch unter den kreisfreien Städten nachgewiesen. — *) Einschl. der Einwohner gemeindefreier Grundstücke, die nicht als Gebietskörperschaften gezählt sind.

Inhalt des Tabellenteils

	Seite
A. Personal der Hoheits- und Kämmereiverwaltungen	
1. Bund, Länder, Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Gebietskörperschaften	20
2. Bund und erfaßte Anstalten öffentlichen Rechts nach Verwaltungszweigen	20
3. Länder, Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Ländern	21
4. Länder nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Ländern	21
5. Länder, Hansestädte und West-Berlin nach Dienstverhältnissen und Ministerialbereichen	22
6. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Ländern	23
7. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	23
8. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	24
B. Personal einzelner Aufgabenbereiche der Hoheits- und Kämmereiverwaltungen	
9. Länder, Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Art der Gebietskörperschaften und Ländern	25
10. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	27
11. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	28
C. Personal der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	
12. Bund, Länder, Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen	29
13. Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	29
D. Weibliches Personal im öffentlichen Dienst	
14. Bund, Länder, Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaften, Ländern und Dienstverhältnissen	30
15. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	30
16. Hoheitsverwaltungen des Bundes, Bundesbahn, Bundespost und erfaßte Anstalten öffentlichen Rechts nach Laufbahngruppen	31
E. Schwerbeschädigte im öffentlichen Dienst	
17. Bund, Länder, Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaften, Ländern und Dienstverhältnissen	32
18. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen	32

A. Personal der Hoheits- und Kämmererverwaltungen

1. Bund, Länder, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Gebietskörperschaften

Laufbahngruppe	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen						
	Bund		Länder 1)	Gemeinden (Gv.)	Länder 1) und Gemeinden (Gv.)	Hansestädte und West-Berlin	Insgesamt
	insgesamt	darunter Versorgungs- verwaltung					
Beamte							
Bund, Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern	4 755	598	51 091	15 990	67 081	7 796	79 632
Höherer Dienst	13 508	2 105	181 245	43 162	224 407	24 703	262 618
Gehobener Dienst	23 747	941	93 854	39 281	133 135	26 909	183 791
Mittlerer Dienst	13 636	78	12 888	2 831	15 719	4 348	33 703
Einfacher Dienst							
Zusammen	55 646	3 722	339 078	101 264	440 342	63 756	559 744
Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern	—	—	—	10 882	10 882	—	10 882
Insgesamt	55 646	3 722	339 078	112 146	451 224	63 756	570 626
dagegen am 2.10.1952	50 683	2 905	323 946	104 104	428 050	29 788	508 521
Angestellte							
Bund, Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern	3 411	756	7 111	8 136	15 247	3 712	22 370
Höherer Dienst	8 930	1 897	31 934	28 211	60 145	14 070	83 145
Gehobener Dienst	20 644	7 800	80 582	87 504	168 086	56 417	245 147
Mittlerer Dienst	2 472	903	21 079	40 130	61 209	19 715	83 396
Einfacher Dienst							
Zusammen	35 457	11 356	140 706	163 981	304 687	93 914	434 058
Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern	—	—	—	23 379	23 379	—	23 379
Insgesamt	35 457	11 356	140 706	187 360	328 066	93 914	457 437
dagegen am 2.10.1952	32 075	11 699	132 500	174 620	307 120	122 018	461 213
Beamte und Angestellte							
Bund, Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern	8 166	1 354	58 202	24 126	82 328	11 508	102 002
Höherer Dienst	22 438	4 002	213 179	71 373	284 552	38 773	345 763
Gehobener Dienst	44 391	8 741	174 436	126 785	301 221	83 326	428 938
Mittlerer Dienst	16 108	981	33 967	42 961	76 928	24 063	117 099
Einfacher Dienst							
Zusammen	91 103	15 078	479 784	265 245	745 029	157 670	993 802
Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern	—	—	—	34 261	34 261	—	34 261
Insgesamt	91 103	15 078	479 784	299 506	779 290	157 670	1 028 063
dagegen am 2.10.1952	82 758	14 604	456 446	278 724	735 170	151 806	969 734
Arbeiter							
Insgesamt	20 519	1 650	51 450	153 814	205 264	43 576	269 359
dagegen am 2.10.1952	18 853	1 526	46 684	141 182	187 866	42 730	249 449
Beamte, Angestellte und Arbeiter							
Insgesamt	111 622	16 728	531 234	453 320	984 554	201 246	1 297 422
dagegen am 2.10.1952	101 611	16 130	503 130	419 906	923 036	194 536	1 219 183

1) Ohne Hansestädte und West-Berlin, ohne Versorgungsverwaltung.

2. Bund und erfasste Anstalten öffentlichen Rechts nach Verwaltungszweigen

Verwaltungszweig	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen								
	am 2. 10. 1953				am 2. 10. 1952				1950
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Zusammen	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Zusammen	Zusammen
Hoheitsverwaltungen									
Oberste Staatsorgane	1 796	3 513	908	6 217	1 206	2 570	732	4 508	1 407
Innere Verwaltung	11 382	3 040	1 428	15 850	9 773	2 337	1 138	13 248	1 657
darunter: Ministerium	381	327	96	804	287	266	80	633	372
Rechtssicherheit	310	206	64	580	262	222	55	539	282
darunter: Ministerium	115	114	44	273	104	138	38	280	192
Wissenschaft, Kunst, Volksbildung	652	2 544	912	4 108	599	2 233	732	3 564	2 953
darunter: Länderpersonal	—	—	—	—	—	—	—	—	930
Arbeit und Wohlfahrt	230	485	181	896	169	231	92	492	323
darunter: Ministerium	194	230	76	500	163	202	69	434	323
Bau- und Wohnungswesen	93	230	41	364	64	193	28	285	194
darunter: Ministerium	83	154	30	267	54	135	22	211	120
Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	272	820	156	1 248	246	837	150	1 233	1 202
darunter: Ministerium	260	350	89	699	233	350	89	672	559
Handel, Industrie, Gewerbe	1 229	2 513	568	4 310	935	2 626	489	4 050	2 833
darunter: Ministerien	417	922	213	1 552	334	979	209	1 502	1 115
Verkehr	2 065	4 699	12 008	18 772	1 862	3 818	11 573	17 253	16 879
darunter: Ministerium	286	360	109	755	244	313	103	660	575
Finanzverwaltung	33 767	5 041	2 531	41 339	32 567	4 694	2 270	39 531	31 926
darunter: Ministerium	646	431	87	1 164	554	446	91	1 091	654
Kriegsfolgenlasten	3 850	12 366	1 722	17 938	3 000	12 314	1 594	16 908	5 902
darunter: Ministerium	59	140	26	225	50	124	49	223	149
Länderpersonal	3 722	11 356	1 650	16 728	2 905	11 699	1 526	16 130	5 673 ¹⁾
Zusammen	55 646	35 457	20 519	111 622	50 683	32 075	18 853	101 611	65 558
darunter: Länderpersonal	3 722	11 356	1 650	16 728	2 905	11 699	1 526	16 130	6 403
Anstalten öffentlichen Rechts									
Arbeit und Wohlfahrt (1950 Länderpersonal)	2 527	31 399	1 820	35 746	2 397	30 570	1 816	34 783	28 573
Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	19	1 031	309	1 359	17	1 024	245	1 286	—
Verkehr	1	334	33	368	—	—	—	—	—
Finanzverwaltung	5	330	21	356	4	272	13	289	—
Zusammen	2 552	33 094	2 183	37 829	2 418	31 866	2 074	36 358	28 573
Insgesamt	58 198	68 551	22 702	149 451	53 101	63 941	20 927	137 969	94 131
Außerdem:									
Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	62	536	3 093	3 691	65	464	2 898	3 427	2 487

1) Nur Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern

3. Länder¹⁾, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Ländern

1) Ohne Versorgungsverwaltung.

Laufbahngruppe	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptsächlich vollbeschäftigte Personen								
	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Noordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern (einschl. Lindau)	darunter Lindau	Zusammen
Beamte									
Höherer Dienst	3 009	6 318	9 440	5 162	3 857	11 233	12 072	70	51 091
Gehobener Dienst	12 042	27 065	46 180	17 532	12 910	28 319	37 197	243	181 245
Mittlerer Dienst	5 794	13 222	31 278	5 696	6 014	10 781	21 069	46	93 854
Einfacher Dienst	539	2 089	2 809	954	699	2 630	3 168	11	12 888
Insgesamt	21 384	48 694	89 707	29 344	23 480	52 963	73 506	370	339 078
dagegen am 2.10.1952	20 880	46 867	86 206	28 195	22 368	50 301	69 129	365	323 946
Angestellte									
Höherer Dienst	375	914	1 070	530	325	1 879	2 018	11	7 111
Gehobener Dienst	1 575	4 681	5 853	4 071	2 803	5 658	7 293	26	31 934
Mittlerer Dienst	4 311	11 718	17 501	9 586	6 122	15 057	16 287	85	80 582
Einfacher Dienst	1 378	2 769	4 318	1 333	2 017	4 346	4 918	16	21 079
Insgesamt	7 639	20 082	28 742	15 520	11 267	26 940	30 516	138	140 706
dagegen am 2.10.1952	7 236	18 624	27 269	15 991	9 967	25 437	27 976	153	132 500
Beamte und Angestellte									
Höherer Dienst	3 384	7 232	10 510	5 692	4 182	13 112	14 090	81	58 202
Gehobener Dienst	13 617	31 746	52 033	21 603	15 713	33 977	44 490	269	213 179
Mittlerer Dienst	10 105	24 940	48 779	15 282	12 136	25 838	37 356	131	174 436
Einfacher Dienst	1 917	4 858	7 127	2 287	2 716	6 976	8 086	27	33 967
Insgesamt	29 023	68 776	118 449	44 864	34 747	79 903	104 022	508	479 784
dagegen am 2.10.1952	28 116	65 491	113 475	44 186	32 335	75 738	97 105	518	456 446
Arbeiter									
Insgesamt	3 397	9 788	6 926	4 978	4 156	8 133	14 072	43	51 450
dagegen am 2.10.1952	2 148	8 866	7 818	3 991	3 673	7 761	12 427	20	46 684
Beamte, Angestellte und Arbeiter									
Insgesamt	32 420	78 564	125 375	49 842	38 903	88 036	118 094	551	531 234
dagegen am 2.10.1952	30 264	74 357	121 293	48 177	36 008	83 499	109 532	538	503 130

— 21 —

noch: A. Personal der Hoheits- und Kammereiverwaltungen
5. Länder, Hansestädte und West-Berlin nach Dienstverhältnissen und Ministerialbereichen

Land und Dienstverhältnis		In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen											
		Landtag	Ministerpräsident und Staatskanzlei	Rechnungshof	Innere	Justiz	Kultur	Arbeit, Soziales, Vertriebene, Gesundheit	Wirtschaft, Handel, Verkehr	Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	Finanzen	Übrige Behörden	Zusammen
Länder													
Schleswig-Holstein	Beamte	5	21	32	5 096	2 035	11 457	165	170	335	2 068	—	21 384
	Angestellte	13	49	5	1 980	1 053	1 273	377	350	717	1 822	—	7 639
	Arbeiter	—	3	2	790	88	753	74	774	776	137	—	3 397
	Zusammen	18	73	39	7 866	3 176	13 483	616	1 294	1 828	4 027	—	32 420
	dagegen am 2.10.1952	18	70	37	7 944	3 186	13 095	600	492	1 074	3 748	—	30 264
Niedersachsen	Beamte	16	162	53	12 607	5 473	23 256	775	561	789	5 002	—	48 694
	Angestellte	27	169	18	4 186	2 884	2 185	3 663	706	1 459	4 785	—	20 082
	Arbeiter	15	51	2	1 066	290	1 518	1 328	2 791	2 239	488	—	9 788
	Zusammen	58	382	73	17 859	8 647	26 959	5 766	4 058	4 487	10 275	—	78 564
	dagegen am 2.10.1952	52	359	68	16 799	8 423	26 319	5 133	3 995	4 021	9 188	—	74 357
Nordrhein-Westfalen	Beamte	11	249	77	27 980	11 178	38 026	488	587	746	10 365	—	89 707
	Angestellte	49	291	27	4 900	6 589	3 286	1 125	666	1 574	10 235	—	28 742
	Arbeiter	40	155	9	1 820	638	2 246	384	176	314	1 144	—	6 926
	Zusammen	100	695	113	34 700	18 405	43 558	1 997	1 429	2 634	21 744	—	125 375
	dagegen am 2.10.1952	83	663	111	32 833	17 021	41 065	4 331	4 336	2 059	18 791	—	121 293
Hessen	Beamte	10	151	49	4 613	4 004	15 885	—	553	550	3 529	—	29 344
	Angestellte	19	477	11	1 395	2 017	2 889	1 746	—	989	5 977	—	15 520
	Arbeiter	9	43	4	367	205	1 498	2 225	—	262	365	—	4 978
	Zusammen	38	671	64	6 375	6 226	20 272	4 524	—	1 801	9 871	—	49 842
	dagegen am 2.10.1952	38	759	60	6 980	6 025	19 979	—	4 735	—	9 601	—	48 177
Rheinland-Pfalz	Beamte	4	91	38	5 633	2 884	11 018	167	343	636	2 666	—	23 480
	Angestellte	11	330	11	2 192	1 387	1 325	649	466	1 253	3 643	—	11 267
	Arbeiter	5	40	5	401	111	792	214	1 625	305	658	—	4 156
	Zusammen	20	461	54	8 226	4 382	13 135	1 030	2 434	2 194	6 967 ¹⁾	—	38 903
	dagegen am 2.10.1952	19	485	53	7 942	4 304	12 384	1 711 ²⁾	2 350	2 044	4 716 ¹⁾	—	36 008
Baden-Württemberg	Beamte	5	63	47	11 718	6 396	27 743	353	258	1 057	5 323	—	52 963
	Angestellte	16	71	9	6 630	2 929	6 726	942	593	2 272	6 752	—	26 940
	Arbeiter	7	14	2	3 847	85	2 566	232	85	990	305	—	8 133
	Zusammen	28	148	58	22 195	9 410	37 035	1 527	936	4 319	12 380	—	88 036
	dagegen am 2.10.1952	—	394	—	19 784	8 799	35 221	729	853	4 364	13 355	—	83 499
Bayern (einschl. Lindau)	Beamte	16	58	225	18 625	8 598	34 896	525	205	1 640	8 718	—	73 506
	Angestellte	74	69	63	10 086	2 998	4 819	642	398	2 551	8 816	—	30 516
	Arbeiter	27	13	8	8 062	305	2 904	105	47	1 016	1 585	—	14 072
	Zusammen	117	140	296	36 773	11 901	42 619	1 272	650	5 207	19 119	—	118 094
	dagegen am 2.10.1952	117	133	298	33 760	10 944	40 171	1 227	789	4 544	17 549	—	109 532
Länder ohne Hansestädte und West-Berlin	Beamte	67	795	521	86 272	40 568	162 281	5 150	—	5 753	37 671	—	339 078
	Angestellte	209	1 456	144	31 369	19 857	22 503	12 323	—	10 815	42 030	—	140 706
	Arbeiter	103	319	32	16 353	1 722	12 277	10 060	—	5 902	4 682	—	51 450
	Zusammen	379	2 570	697	133 994	62 147	197 061	27 533	—	22 470	84 383	—	531 234
	dagegen am 2.10.1952	327	2 863	627	126 042	58 702	188 234	—	49 387	—	76 948	—	503 130
Hansestädte und West-Berlin													
Hamburg	Beamte	184	—	101	6 459	2 667	7 866	879	1 921	14	2 306	1 147	23 844
	Angestellte	242	—	38	1 094	1 618	4 077	10 683	3 197	107	2 329	4 182	27 567
	Arbeiter	10	—	—	263	154	859	4 211	5 175	25	95	2 266	13 058
	Zusammen	436	—	139	7 816	4 439	12 802	15 773	10 293	146	4 730	7 895	64 469
	dagegen am 2.10.1952	422	—	138	7 621	4 306	12 458	15 390	10 351	147	4 556	7 454	62 843
Bremen	Beamte	117	—	21	2 642	627	2 149	240	328	8	665	1 157	7 954
	Angestellte	161	—	12	499	430	774	2 128	1 388	31	937	1 219	7 579
	Arbeiter	34	—	—	98	5	160	1 353	2 221	1	82	728	4 682
	Zusammen	312	—	33	3 239	1 062	3 083	3 721	3 937	40	1 684	3 104	20 215
	dagegen am 2.10.1952	272	—	34	3 171	1 027	2 847	3 360	3 761	25	1 459	3 197	19 153
West-Berlin	Beamte	61	—	127	8 538	2 772	281	452	2 234	—	3 838	13 655	31 958
	Angestellte	110	—	65	8 544	2 359	2 892	2 012	18 349	—	4 919	19 518	58 768
	Arbeiter	8	—	1	1 216	330	1 529	571	7 337	—	1 168	13 676	25 836
	Zusammen	179	—	193	18 298	5 461	4 702	3 035	27 920	—	9 925	46 849	116 562
Länder, Hansestädte und West-Berlin													
Insgesamt	Beamte	1 224	—	770	103 911	46 634	172 577	—	16 979	—	44 480	16 259	402 834
	Angestellte	2 178	—	259	41 506	24 264	30 246	—	61 033	—	50 215	24 919	234 620
	Arbeiter	474	—	33	17 930	2 211	14 825	—	36 856	—	6 027	16 670	95 026
	Zusammen	3 876	—	1 062	163 347	73 109	217 648	—	114 868	—	100 722	57 848	732 480

1) Einschl. Wiederaufbau. — 2) Die Angabe wurde nach Veröffentlichung auf 1 063 berichtigt.

6. Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Ländern

Laufbahngruppe	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen								
	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern (einschl. Lindau)	darunter Lindau	Zusammen
Beamte									
Höherer Dienst	815	2 185	8 553	1 364	653	663	1 757	18	15 990
Gehobener Dienst	1 223	5 366	21 315	3 582	2 444	3 499	5 733	40	43 162
Mittlerer Dienst	1 125	2 081	9 316	6 661	1 027	7 172	11 899	47	39 281
Einfacher Dienst	62	134	538	346	190	484	1 077	3	2 831
Zusammen	3 225	9 766	39 722	11 953	4 314	11 818	20 466	108	101 264
Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern	208	982	1 420	1 368	966	3 599	2 339	21	10 882
Insgesamt	3 433	10 748	41 142	13 321	5 280	15 417	22 805	129	112 146
dagegen am 2.10.1952	3 442	9 655	37 403	12 820	4 860	14 569	21 355	119	104 104
Angestellte									
Höherer Dienst	523	1 136	2 206	1 033	301	1 091	1 846	2	8 136
Gehobener Dienst	1 785	3 919	11 329	2 922	1 484	3 009	3 763	27	28 211
Mittlerer Dienst	5 708	12 400	31 318	8 953	5 317	11 498	12 310	71	87 504
Einfacher Dienst	2 267	4 594	14 374	4 871	2 124	5 416	6 484	63	40 130
Zusammen	10 283	22 049	59 227	17 779	9 226	21 014	24 403	163	163 981
Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern	1 134	3 813	2 766	3 058	1 614	5 527	5 467	50	23 379
Insgesamt	11 417	25 862	61 993	20 837	10 840	26 541	29 870	213	187 360
dagegen am 2.10.1952	11 443	24 380	55 617	19 777	10 214	23 796	29 393	202	174 620
Beamte und Angestellte									
Höherer Dienst	1 338	3 321	10 759	2 397	954	1 754	3 603	20	24 126
Gehobener Dienst	3 008	9 285	32 644	6 504	3 928	6 508	9 496	67	71 373
Mittlerer Dienst	6 833	14 481	40 634	15 614	6 344	18 670	24 209	118	126 785
Einfacher Dienst	2 329	4 728	14 912	5 217	2 314	5 900	7 561	66	42 961
Zusammen	13 508	31 815	98 949	29 732	13 540	32 832	44 869	271	265 245
Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern	1 342	4 795	4 186	4 426	2 580	9 126	7 806	71	34 261
Insgesamt	14 850	36 610	103 135	34 158	16 120	41 958	52 675	342	299 506
dagegen am 2.10.1952	14 885	34 035	93 020	32 597	15 074	38 365	50 748	321	278 724
Arbeiter									
Insgesamt	6 936	17 631	50 300	15 069	7 567	27 589	28 722	159	153 814
dagegen am 2.10.1952	6 334	16 379	45 761	15 641	7 457	24 199	25 411	188	141 182
Beamte, Angestellte und Arbeiter									
Insgesamt	21 786	54 241	153 435	49 227	23 687	69 547	81 397	501	453 320
dagegen am 2.10.1952	21 219	50 414	138 781	48 238	22 531	62 564	76 159	509	419 906

7. Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Laufbahngruppe	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen																Kreise	Bezirksverbände
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter								Ämter			
		zusammen	mit 200 000 und mehr Einwohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern	mit weniger als 50 000 Einwohnern	zusammen	mit 50 000 und mehr Einwohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern	mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern					
Beamte																		
Höherer Dienst	15 990	10 595	5 821	2 241	1 540	993	3 655	157	1 890	1 254	.	.	.	354	1 260	480		
Gehobener Dienst	43 162	27 522	14 915	5 626	4 374	2 607	7 885	360	3 093	2 581	.	.	.	1 851	6 577	1 178		
Mittlerer Dienst	39 281	31 497	19 922	4 829	3 926	2 820	4 617	375	1 683	1 727	.	.	.	832	2 094	1 073		
Einfacher Dienst	2 831	1 260	647	195	243	175	337	9	111	200	.	.	.	17	351	883		
Insgesamt	112 146 ¹⁾	70 874	41 305	12 891	10 083	6 595	27 376 ¹⁾	901	6 777	5 762	5 639	2 365	2 878	3 054	10 282	3 614		
dagegen am 2.10.1952	104 104	67 414	52 128	9 209	6 077	24 915	12 491	20 650	5 044	2 122	2 400	2 858	9 154	2 621				
Angestellte																		
Höherer Dienst	8 136	5 400	3 129	885	773	613	899	63	416	398	.	.	.	22	1 416	421		
Gehobener Dienst	28 211	15 691	8 490	3 404	2 341	1 456	4 213	159	1 542	1 332	.	.	.	1 180	7 575	732		
Mittlerer Dienst	87 504	46 518	23 714	9 484	8 345	4 975	17 081	710	5 860	5 334	.	.	.	5 177	21 162	2 743		
Einfacher Dienst	40 130	19 457	11 041	3 398	2 403	2 615	7 212	194	2 503	2 618	.	.	.	1 897	7 104	6 357		
Insgesamt	187 360 ¹⁾	87 066	46 374	17 171	13 862	9 659	52 784 ¹⁾	1 126	10 321	9 682	9 817	5 354	8 208	8 276	37 257	10 253		
dagegen am 2.10.1952	174 620	83 078	60 257	13 411	9 410	49 611	20 650	8 914	5 116	7 120	7 811	35 327	6 604					
Beamte und Angestellte																		
Höherer Dienst	24 126	15 995	8 950	3 126	2 313	1 606	4 554	220	2 306	1 652	.	.	.	376	2 676	901		
Gehobener Dienst	71 373	43 213	23 405	9 030	6 715	4 063	12 098	519	4 635	3 913	.	.	.	3 031	14 152	1 910		
Mittlerer Dienst	126 785	78 015	43 636	14 313	12 271	7 795	21 698	1 085	7 543	7 061	.	.	.	6 009	23 256	3 816		
Einfacher Dienst	42 961	20 717	11 688	3 593	2 646	2 790	7 549	203	2 614	2 818	.	.	.	1 914	7 455	7 240		
Insgesamt	299 506 ¹⁾	157 940	87 679	30 062	23 945	16 254	80 160 ¹⁾	2 027	17 098	15 444	15 456	7 719	11 086	11 330	47 539	13 867		
dagegen am 2.10.1952	278 724	150 492	112 385	22 620	15 487	74 526	33 141	20 650	13 958	7 238	9 520	10 669	44 481	9 225				
Arbeiter																		
Insgesamt	153 814	84 964	46 090	16 076	13 442	9 356	47 549	1 183	9 603	9 910	11 299	6 222	8 925	407	15 635	5 666		
dagegen am 2.10.1952	141 182	81 582	60 192	12 550	8 840	41 679	20 349	9 427	5 050	6 379	474	14 091	3 830					
Beamte, Angestellte und Arbeiter																		
Insgesamt	453 320	242 904	133 769	46 138	37 387	25 610	127 709	3 210	26 701	25 354	26 755	13 941	20 011	11 737	63 174	19 533		
dagegen am 2.10.1952	419 906	232 074	172 577	35 170	24 327	116 205	53 490	23 385	12 288	15 899	11 143	58 572	13 055					

1) Einschl. der nicht nach Laufbahngruppen aufgeführten Beamten bzw. Angestellten der Gemeinden mit 1 000 bis 10 000 Einwohnern.

noch: A. Personal der Hoheits- und Kämmererverwaltungen

8. Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Land	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen															Ämter	Kreise	Bezirksverbände
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter											
		zusammen	mit 200 000 und mehr Einwohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern	mit weniger als 50 000 Einwohnern	zusammen	mit 50 000 und mehr Einwohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern	mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern					

Absolute Zahlen

Schleswig-Holstein	21 786	9 700	7 191	1 574	935	—	7 102	—	2 434	1 606	1 356	365	306	1 035	4 984	—
Niedersachsen	54 241	26 188	12 146	6 149	4 751	3 142	14 538	—	3 097	4 341	3 145	1 800	2 155	—	13 515	—
Nordrhein-Westfalen	153 435	89 789	55 419	23 134	9 265	1 971	39 616	1 403	12 789	8 323	5 140	1 907	1 902	8 152	13 993	10 037
Hessen	49 227	27 806	16 707	3 426	4 371	3 302	11 687	—	1 593	2 772	3 136	1 789	2 397	—	5 904	3 830
Rheinland-Pfalz	23 687	10 257	—	1 835	5 994	2 428	8 836	—	919	1 167	1 437	1 073	1 690	2 550	4 008	586
Baden-Württemberg	69 547	29 414	14 791	8 045	4 860	1 718	29 565	1 807	5 279	5 675	6 213	4 119	6 472	—	9 745	823
Bayern																
(einschl. Lindau)	81 397	49 750	27 515	1 975	7 211	13 049	16 365	—	590	1 470	6 328	2 888	5 089	—	11 025	4 257
darunter Lindau	501	320	—	—	—	320	129	—	—	—	58	—	71	—	52	—
Zusammen	453 320	242 904	133 769	46 138	37 387	25 610	127 709	3 210	26 701	25 354	26 755	13 941	20 011	11 737	63 174	19 533

Je 10 000 Einwohner

Schleswig-Holstein	91	146	146	160	127	—	53	—	97	76	41	27	7	12	29	—
Niedersachsen	82	154	168	140	142	151	40	—	98	73	51	31	14	—	27	—
Nordrhein-Westfalen	109	129	133	134	103	116	60	75	78	61	42	22	15	24	20	—
Hessen	111	200	201	192	212	187	52	—	103	112	68	46	25	—	19	—
Rheinland-Pfalz	74	141	—	134	151	124	58	—	107	84	55	39	22	25	16	—
Baden-Württemberg	103	187	181	176	232	197	72	136	98	115	91	66	39	—	19	—
Bayern																
(einschl. Lindau)	89	167	213	62	162	143	42	—	118	89	79	44	23	—	18	—
Durchschnitt	97	152	161	138	146	146	55	100	88	79	61	39	23	22	21	—

B. Personal einzelner Aufgabenbereiche der Hoheits- und Kämmererverwaltungen

9. Länder, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Art der Gebietskörperschaften und Ländern

Dienstverhältnis und Art der Gebietskörperschaft		In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen												
		Länder einschl. Gemeinden (Gv.)								Hansestädte und West-Berlin			Insgesamt	
		Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern (einschl. Lindau)	darunter Lindau	zusammen	Hamburg	Bremen		West- Berlin
Lehrpersonen														
Beamte	Land	11 136	22 893	36 617	15 055	10 380	26 685	33 625	238	156 891	7 429	2 538	7 173	174 031
	Gemeinden (Gv.).	934	4 765	13 584	2 016	1 142	31	2 695	21	25 167	—	—	—	25 167
	Zusammen	12 070	27 658	50 201	17 071	12 022	26 716	36 320	259	182 058	7 429	2 538	7 173	199 198
Angestellte	Land	243	1 252	820	760	540	2 784	1 630	10	8 029	1 109	455	3 130	12 723
	Gemeinden (Gv.).	149	1 121	1 051	542	227	121	1 539	8	4 750	—	—	—	4 750
	Zusammen	392	2 373	1 871	1 302	767	2 905	3 169	18	12 779	1 109	455	3 130	17 473
Beamte und Angestellte	Land	11 379	24 145	37 437	15 815	11 420	29 469	35 255	248	164 920	8 538	2 993	10 303	186 754
	Gemeinden (Gv.).	1 083	5 886	14 635	2 558	1 369	152	4 234	29	29 917	—	—	—	29 917
	Zusammen	12 462	30 031	52 072	18 373	12 789	29 621	39 489	277	194 837	8 538	2 993	10 303	216 671

Lehrpersonen

Bedienstete der Polizei¹⁾

Beamte	Land	4 640	10 897	26 118	3 341	4 054	7 619	13 421	—	70 090	6 361	2 500	7 910	86 861
	Gemeinden (Gv.) ..	—	—	—	4 872	201	4 973	7 688	39	17 734	—	—	—	17 734
	Zusammen	4 640	10 897	26 118	8 213	4 255	12 592	21 109	39	87 824	6 361	2 500	7 910	104 595
Angestellte	Land	157	834	1 650	224	352	654	727	—	4 598	708	84	6 484	11 874
	Gemeinden (Gv.) ..	—	—	—	321	—	340	507	7	1 168	—	—	—	1 168
	Zusammen	157	834	1 650	545	352	994	1 234	7	5 766	708	84	6 484	13 042
Beamte und Angestellte	Land	4 797	11 731	27 768	3 565	4 406	8 273	14 148	—	74 688	7 069	2 584	14 394	98 735
	Gemeinden (Gv.) ..	—	—	—	5 193	201	5 313	8 195	46	18 902	—	—	—	18 902
	Zusammen	4 797	11 731	27 768	8 758	4 607	13 586	22 343	46	93 590	7 069	2 584	14 394	117 637
Arbeiter	Land	150	562	1 193	204	103	259	404	—	2 875	263	71	732	3 941
	Gemeinden (Gv.) ..	—	—	—	202	—	150	191	—	543	—	—	—	543
	Zusammen	150	562	1 193	406	103	409	595	—	3 418	263	71	732	4 484
Beamte, Angestellte und Arbeiter	Land	4 947	12 293	28 961	3 769	4 509	8 532	14 552	—	77 563	7 332	2 655	15 126	192 676
	Gemeinden (Gv.) ..	—	—	—	5 395	201	5 463	8 386	46	19 445	—	—	—	19 445
	Zusammen	4 947	12 293	28 961	9 164	4 710	13 995	22 938	46	97 008	7 332	2 655	15 126	122 121

darunter Bereitschaftspolizei

Beamte	672	1 057	2 237	980	375	1 131	2 326	—	8 778	658	255	—	—	9 691
Angestellte	8	11	25	7	—	21	71	—	143	—	2	—	—	145
Beamte und Angestellte	680	1 068	2 262	987	375	1 152	2 397	—	8 921	658	257	—	—	9 836
Arbeiter	49	57	224	—	33	97	163	—	623	—	25	—	—	648
Beamte, Angestellte und Arbeiter	729	1 125	2 486	987	408	1 249	2 560	—	9 544	658	282	—	—	10 484

1) Ohne etwa 60 Polizeikräfte in den Gemeinden mit 1 000 bis unter 5 000 Einwohnern in Hessen, ohne Bereitschaftspolizei West-Berlins.

noch: B. Personal einzelner Aufgabengebiete der Hoheits- und Kammereiverwaltungen

noch: 9. Länder, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Art der Gebietskörperschaften und Ländern

Dienstverhältnis und Art der Gebietskörperschaft	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen												
	Länder einschl. Gemeinden (Gv.)									Hansestädte und West-Berlin			Insgesamt
	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern (einschl. Lindau)	darunter Lindau	zusammen	Hamburg	Bremen	West- Berlin	

Personal der Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens 1)3)

Beamte	Land	126	314	8	315	90	.	.	—	853	424	91	1 830	3 198
	Gemeinden (Gv.).	184	190	1 757	718	299	414	2 129	—	5 721	—	—	—	5 721
	Zusammen	310	504	1 765	1 033	389	444	2 129	—	6 574	424	91	1 830	8 919
Angestellte	Land	1 151	1 555	460	771	417	.	.	—	4 354	7 983	1 791	7 037	21 168
	Gemeinden (Gv.).	3 061	4 750	10 462	5 794	1 259	5 584	7 256	—	38 166	—	—	—	38 166
	Zusammen	4 212	6 305	10 922	6 565	1 676	5 584	7 256	—	42 520	7 983	1 794	7 037	59 334
Beamte und Angestellte	Land	1 277	1 869	468	1 086	507	.	.	—	5 207	8 407	1 885	8 867	24 366
	Gemeinden (Gv.).	3 245	4 940	12 219	6 512	1 558	6 028	9 385	—	43 887	—	—	—	43 887
	Zusammen	4 522	6 809	12 687	7 598	2 065	6 028	9 385	—	49 094	8 407	1 885	8 867	68 253
Arbeiter	Land	416	843	326	747	186	.	.	—	2 518	3 787	1 522	5 200	13 027
	Gemeinden (Gv.).	2 323	4 950	7 949	3 982	865	5 274	6 836	—	32 179	—	—	—	32 179
	Zusammen	2 739	5 793	8 275	4 729	1 051	5 274	6 836	—	34 697	3 787	1 522	5 200	45 206
Beamte, Angestellte und Arbeiter	Land	1 693	2 712	794	1 833	693	.	.	—	7 725	12 194	3 407	14 067	37 393
	Gemeinden (Gv.).	5 568	9 890	20 168	10 494	2 423	11 302	16 221	—	76 066	—	—	—	76 066
	Zusammen	7 261	12 602	20 962	12 327	3 116	11 302	16 221	—	83 791	12 194	3 407	14 067	113 459

Personal der gemeindlichen öffentlichen Einrichtungen (Epl. 7) 2)

Beamte	346	798	3 003	722	188	831	1 400	4	7 288	1 014	494	1 320	10 116
Angestellte	424	916	3 216	941	446	1 143	1 687	10	8 773	774	146	1 002	10 695
Beamte und Angestellte	770	1 714	6 219	1 663	634	1 974	3 087	14	16 061	1 788	640	2 322	20 811
Arbeiter	2 205	5 065	20 285	5 334	2 277	7 525	9 359	112	52 050	4 457	1 308	5 167	62 982
Beamte, Angestellte und Arbeiter	2 975	6 779	26 504	6 997	2 911	9 499	12 446	126	68 111	6 245	1 948	7 489	83 793

Personal der Ausgleichsämter 3)

Beamte	Land	18	46	44	25	20	41	77	1	271	179	15	343	808
	Gemeinden (Gv.).	131	311	979	220	155	186	331	—	2 313	—	—	—	2 313
	Zusammen	149	357	1 023	245	175	227	408	1	2 584	179	15	343	3 121
Angestellte	Land	60	122	170	70	30	99	1 561	7	2 112	768	256	1 111	4 247
	Gemeinden (Gv.).	824	2 041	2 565	955	562	1 343	783	—	9 073	—	—	—	9 073
	Zusammen	884	2 163	2 735	1 025	592	1 442	2 344	7	11 185	768	256	1 111	13 320
Beamte und Angestellte	Land	78	168	214	95	50	140	1 638	8	2 383	947	271	1 454	5 055
	Gemeinden (Gv.).	955	2 352	3 544	1 175	717	1 529	1 114	—	11 386	—	—	—	11 386
	Zusammen	1 033	2 520	3 758	1 270	767	1 669	2 752	8	13 769	947	271	1 454	16 441
Arbeiter	Land	1	14	4	—	3	4	—	—	26	—	5	29	60
	Gemeinden (Gv.).	3	23	31	14	5	5	7	—	88	—	—	—	88
	Zusammen	4	37	35	14	8	9	7	—	114	—	5	29	148
Beamte, Angestellte und Arbeiter	Land	79	182	218	95	53	144	1 638	8	2 409	947	276	1 483	5 115
	Gemeinden (Gv.).	958	2 375	3 575	1 189	722	1 534	1 121	—	11 474	—	—	—	11 474
	Zusammen	1 037	2 557	3 793	1 284	775	1 678	2 759	8	13 883	947	276	1 483	16 589

1) Ohne Staatliche Verwaltung in Baden-Württemberg und Bayern. — 2) Ohne Gemeinden von 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern in Baden-Württemberg. — 3) Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

noch: B. Personal einzelner Aufgabenbereiche der Hoheits- und Kämmererverwaltungen

10. Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Dienstverhältnis	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen															Ämter	Kreise	Bezirksverbände	
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter												
		zusammen	mit 200 000 und mehr Einwohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern	mit weniger als 50 000 Einwohnern	zusammen	mit 50 000 und mehr Einwohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern	mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern						

Lehrpersonen

Beamte	25 167	16 133	8 600	3 587	2 453	1 493	6 383	232	2 526	1 853	1 167	322	100	183	2 480	171
Angestellte	4 750	2 639	1 312	410	427	460	933	21	176	263	324	83	50	16	1 125	53
Insgesamt	29 917	18 772	9 912	4 027	2 880	1 953	7 316	253	2 702	2 116	1 491	405	150	199	3 605	224

Bedienstete der Polizei¹⁾

Beamte	17 734	14 882	9 092	1 971	2 098	1 721	2 852	298	507	895	1 121	24	7	-	-	-
Angestellte	1 168	1 017	649	94	132	142	151	30	24	39	47	9	2	-	-	-
Beamte und Angestellte	18 902	15 899	9 741	2 065	2 230	1 863	3 003	328	531	934	1 168	33	9	-	-	-
Arbeiter	543	538	397	78	54	9	5	-	1	4	-	-	-	-	-	-
Beamte, Angestellte und Arbeiter	19 445	16 437	10 138	2 143	2 284	1 872	3 008	328	532	938	1 168	33	9	-	-	-

Personal der Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens²⁾

Beamte	5 721	2 983	2 008	429	300	246	209	13	103	85	.	.	.	8	328	2 201
Angestellte	38 166	19 542	10 686	3 416	3 209	2 229	3 553	214	1 749	1 408	.	.	.	152	6 946	8 125
Beamte und Angestellte	43 887	22 525	12 696	3 845	3 509	2 475	3 762	257	1 852	1 493	.	.	.	160	7 274	10 326
Arbeiter	32 179	17 962	9 862	3 119	2 921	2 060	3 869	244	1 717	1 837	.	.	.	71	7 284	3 064
Beamte, Angestellte und Arbeiter	76 066	40 487	22 558	6 964	6 430	4 535	7 631	501	3 569	3 330	.	.	.	231	14 558	13 390

Personal der öffentlichen Einrichtungen (Epl. 7)³⁾

Beamte	7 288	6 745	4 622	1 407	521	195	432	26	145	133	76	18	26	8	54	57
Angestellte	8 773	6 361	3 244	1 314	1 075	728	2 107	66	603	605	413	151	237	32	185	120
Beamte und Angestellte	16 061	13 106	7 866	2 721	1 596	923	2 539	92	748	738	489	169	263	40	239	177
Arbeiter	52 050	39 722	23 050	7 285	5 587	3 800	11 674	463	4 066	3 356	1 975	750	1 049	15	600	54
Beamte, Angestellte und Arbeiter	68 111	52 828	30 916	10 006	7 183	4 723	14 213	555	4 814	4 094	2 464	919	1 312	55	839	231

Personal der Ausgleichsämter²⁾

Beamte	2 313	1 559	770	317	295	177	154	11	75	26	.	.	.	42	600	-
Angestellte	9 073	3 861	1 937	741	686	497	617	27	239	162	.	.	.	189	4 595	-
Beamte und Angestellte	11 386	5 420	2 707	1 058	981	674	771	38	314	188	.	.	.	231	5 195	-
Arbeiter	88	66	35	9	15	7	4	-	3	1	.	.	.	-	18	-
Beamte, Angestellte und Arbeiter	11 474	5 486	2 742	1 067	996	681	775	38	317	189	.	.	.	231	5 213	-

1) Ohne etwa 60 Polizeikräfte in den Gemeinden mit 1 000 bis unter 5 000 Einwohnern in Hessen. — 2) Ohne Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern. — 3) Ohne Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern in Baden-Württemberg.

noch: B. Personal einzelner Aufgabenbereiche der Hoheits- und Kammereiverwaltungen

11. Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Land	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen														
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter								Kreise
		zusammen	mit 200 000 und mehr Einwohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern	mit weniger als 50 000 Einwohnern	zusammen	mit 50 000 und mehr Einwohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern	mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern	Ämter	

Lehrpersonen

Schleswig-Holstein ..	1 083	641	492	83	66	—	357	—	190	136	21	1	9	—	85	—
Niedersachsen	5 886	2 791	1 070	615	711	395	1 902	—	528	630	486	233	23	—	1 193	—
Nordrhein-Westfalen ..	14 635	9 648	5 476	2 774	1 127	271	3 797	252	1 699	951	522	109	74	199	1 190	—
Hessen	2 558	1 589	984	286	68	251	428	—	179	129	99	21	—	—	501	40
Rheinland-Pfalz ...	1 369	709	—	109	386	214	268	—	82	96	60	17	13	—	333	59
Baden-Württemberg ..	152	79	25	53	—	1	53	1	16	12	11	4	9	—	10	1
Bayern (einschl. Lindau) ..	4 234	3 315	1 865	107	522	821	511	—	8	162	290	29	22	—	284	124
darunter Lindau ..	29	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	29 917	18 772	9 912	4 027	2 880	1 953	7 316	253	2 702	2 116	1 491	405	150	199	3 605	224

Personal der Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens¹⁾

Schleswig-Holstein ..	5 568	2 477	1 690	399	388	—	1 181	—	850	322	—	—	—	9	1 910	—
Niedersachsen	9 890	5 051	2 263	1 318	913	557	1 360	—	637	723	—	—	—	—	3 479	—
Nordrhein-Westfalen ..	20 168	10 898	7 140	2 761	812	185	2 110	154	1 008	739	—	—	—	209	1 550	5 610
Hessen	10 494	5 574	3 177	753	1 121	523	682	—	160	522	—	—	—	—	1 086	3 152
Rheinland-Pfalz ...	2 423	1 602	—	347	860	395	157	—	49	95	—	—	—	13	308	356
Baden-Württemberg ..	11 302	5 426	2 768	1 054	1 299	305	1 820	347	793	680	—	—	—	—	3 475	581
Bayern (einschl. Lindau) ..	16 221	9 459	5 520	332	1 037	2 570	321	—	72	249	—	—	—	—	2 750	3 691
darunter Lindau ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	76 066	40 487	22 558	6 964	6 430	4 535	7 631	501	3 569	3 330	—	—	—	231	14 558	13 390

Bedienstete der öffentlichen Einrichtungen (Epl. 7)²⁾

Schleswig-Holstein ..	2 975	2 316	1 740	467	109	—	585	—	257	182	93	24	20	9	74	—
Niedersachsen	6 779	5 117	2 581	1 062	911	563	1 554	—	431	586	258	125	154	—	108	—
Nordrhein-Westfalen ..	26 504	21 746	14 498	4 794	1 996	458	4 681	198	2 514	1 210	452	124	141	42	72	5
Hessen	6 997	5 463	3 442	604	872	545	1 497	—	276	324	354	209	334	—	37	—
Rheinland-Pfalz ...	2 911	2 056	—	478	1 115	463	855	—	200	126	231	151	143	4	—	—
Baden-Württemberg ..	9 499	6 464	3 198	2 159	664	443	2 729	357	1 016	1 356	—	—	—	—	306	—
Bayern (einschl. Lindau) ..	12 446	9 666	5 457	442	1 516	2 251	2 312	—	120	310	1 076	286	520	—	242	226
darunter Lindau ..	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	68 111	52 828	30 916	10 006	7 183	4 723	14 213	555	4 814	4 094	2 464	919	1 312	55	839	231

1) Ohne Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern. — 2) Ohne Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern in Baden-Württemberg

C. Personal der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit
12. Bund, Länder, Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen

Gebietskörperschaft und Land	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen									
	am 2. 10. 1953					am 2. 10. 1952				
	Beamte	Angestellte	Zusammen	Arbeiter	Insgesamt	Beamte	Angestellte	Zusammen	Arbeiter	Insgesamt
Bund	62	536	598	3 093	3 691	65	464	529	2 898	3 427
Länder, Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände										
Schleswig-Holstein										
Land	148	64	212	1 009	1 221	157	80	237	5	242
Gemeinden (Gv.)	107	1 975	2 082	4 461	6 543	119	1 982	2 101	4 649	6 750
Zusammen	255	2 039	2 294	5 470	7 764	276	2 062	2 338	4 654	6 992
Niedersachsen										
Land	1 027	467	1 494	7 038	8 532	1 061	470	1 531	6 767	8 298
Gemeinden (Gv.)	133	2 514	2 647	6 798	9 445	135	2 511	2 646	6 780	9 426
Zusammen	1 160	2 981	4 141	13 836	17 977	1 196	2 981	4 177	13 547	17 724
Nordrhein-Westfalen										
Land	315	72	387	1 790	2 177	340	72	412	2 106	2 818
Gemeinden (Gv.)	822	7 277	8 099	21 961	30 060	824	6 892	7 716	21 601	29 317
Zusammen	1 137	7 349	8 486	23 751	32 237	1 164	6 964	8 128	24 007	32 135
Hessen										
Land	1 577	652	2 229	6 132	8 361	1 539	619	2 158	7 359	9 517
Gemeinden (Gv.)	363	2 102	2 465	8 223	10 688	379	2 014	2 393	7 623	10 216
Zusammen	1 940	2 754	4 694	14 355	19 049	1 918	2 633	4 551	15 182	19 733
Rheinland-Pfalz										
Land	1 219	290	1 509	5 349	6 558	1 196	286	1 482	3 311	4 793
Gemeinden (Gv.)	187	1 154	1 341	3 267	4 608	213	1 155	1 368	3 274	4 642
Zusammen	1 406	1 444	2 850	8 616	11 466	1 409	1 441	2 850	6 585	9 435
Baden-Württemberg										
Land	1 471	852	2 323	10 871	13 194	1 509	1 493	2 702	11 730	14 432
Gemeinden (Gv.)	1 245	3 613	4 858	12 979	17 837	1 338	3 502	4 840	13 259	18 099
Zusammen	2 716	4 465	7 181	23 850	31 031	2 847	4 695	7 542	24 989	32 531
Bayern										
Land	2 428	1 119	3 547	23 146	26 693	2 463	1 286	3 749	18 468	22 217
Gemeinden (Gv.)	2 153	4 194	6 347	15 697	22 044	2 234	4 075	6 309	15 568	21 877
Zusammen	4 581	5 313	9 894	38 843	48 737	4 697	5 361	10 058	34 036	44 094
darunter Lindau										
Land	3	2	5	6	11	—	—	—	11	11
Gemeinden (Gv.)	13	41	54	67	121	13	44	57	59	116
Zusammen	16	43	59	73	132	13	44	57	70	127
Länder ohne Hansestädte und West-Berlin										
Länder	8 185	3 516	11 701	55 335	67 036	8 265	4 096	12 271	50 046	62 317
Gemeinden (Gv.)	5 010	22 829	27 839	73 386	101 225	5 242	22 131	27 373	72 954	100 327
Zusammen	13 195	26 345	39 540	128 721	168 261	13 507	26 137	39 644	123 000	162 644
Hansestädte und West-Berlin										
Hamburg	11	150	161	439	600	11	119	130	300	430
Bremen	7	182	189	307	496	8	184	192	305	497
West-Berlin	57	4 298	4 355	16 349	20 704	—	4 471	4 471	15 589	20 060
Gebietskörperschaften insgesamt	13 332	31 511	44 843	148 909	193 752	13 591	31 375	44 966	142 092	187 058

13. Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Land	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen											
	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter					Bezi- kts- verbände
		zusammen	mit 200 000 und mehr Ein- wohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Ein- wohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Ein- wohnern	mit weniger als 50 000 Ein- wohnern	zusammen	mit 50 000 und mehr Ein- wohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Ein- wohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Ein- wohnern	Ämter	
Bedienstete insgesamt												
Schleswig-Holstein	6 543	4 453	3 435	—	1 018	—	1 564	—	940	624	—	526
Niedersachsen	9 445	7 119	4 070	1 313	1 023	713	1 824	—	842	982	—	502
Nordrhein-Westfalen	30 060	25 087	14 613	7 956	2 021	497	3 618	269	2 038	1 263	48	1 355
Hessen	10 688	8 639	6 623	93	895	1 028	1 242	—	491	751	—	807
Rheinland-Pfalz	4 608	3 849	—	529	2 521	799	602	—	224	358	20	157
Baden-Württemberg	17 837	14 082	6 906	4 350	1 897	929	3 730	479	1 743	1 508	—	25
Bayern (einschl. Lindau)	22 044	21 188	15 038	677	2 200	3 273	643	—	152	491	—	123
darunter Lindau	121	—	—	—	—	117	—	—	—	—	—	4
Zusammen	101 225	84 417	50 685	14 918	11 575	7 239	13 223	748	6 430	5 977	68	3 495
davon:												
Beamte	5 010	4 426	3 120	718	330	258	404	8	166	226	4	168
Angestellte	22 829	17 632	10 084	2 872	2 628	2 048	3 975	253	2 017	1 675	30	1 207
Arbeiter	73 386	62 359	37 481	11 328	8 617	4 933	8 844	487	4 247	4 076	34	2 120
Von den Arbeitern entfielen auf:												
Schleswig-Holstein	4 461	3 228	2 535	—	693	—	925	—	584	341	—	308
Niedersachsen	6 798	5 297	2 925	1 063	810	499	1 222	—	558	664	—	279
Nordrhein-Westfalen	21 961	18 980	10 927	6 182	1 526	345	2 241	123	1 274	823	21	740
Hessen	8 223	6 774	5 192	84	711	787	875	—	346	529	—	574
Rheinland-Pfalz	3 267	2 776	—	315	1 955	506	400	—	142	245	13	91
Baden-Württemberg	12 979	10 210	4 747	3 258	1 490	715	2 748	364	1 257	1 127	—	21
Bayern (einschl. Lindau)	15 697	15 094	11 155	426	1 432	2 081	433	—	86	347	—	107
darunter Lindau	67	—	—	—	—	64	—	—	—	—	—	3

D. Weibliches Personal im öffentlichen Dienst

14. Bund, Länder, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaften, Ländern und Dienstverhältnissen

Gebietskörperschaft und Land	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen									
	Hoheits- und Kammereverwaltungen					Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ¹⁾				
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen	dagegen am 2.10.1952	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen	dagegen am 2.10.1952
Bund	226	14 083	3 258	17 567	15 160	2	125	624	751	628
darunter Versorgungsverwaltung	39	4 186	881	5 106	4 876	—	—	—	—	—
Länder, Gemeinden ¹⁾ mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände										
Land	3 399	3 171	958	7 528	7 046	—	11	—	11	10
Schleswig-Holstein										
Gemeinden (Gv.)	225	4 429	2 630	7 284	7 073 ²⁾	—	194	188	382	300
Zusammen	3 624	7 600	3 588	14 812	14 119	—	205	188	393	310
Niedersachsen										
Land	6 499	7 136	2 206	15 751	14 163	—	119	1 610	1 729	1 291
Gemeinden (Gv.)	1 461	9 906	6 110	17 477	16 154	2	356	241	599	695
Zusammen	7 870	17 042	8 316	33 228	30 317	2	475	1 851	2 328	1 986
Nordrhein-Westfalen										
Land	15 158	9 917	3 469	28 544	27 266	—	23	219	242	739
Gemeinden (Gv.)	6 283	23 763	12 689	42 735	41 396 ²⁾	31	1 132	1 074	2 237	2 256
Zusammen	21 441	33 680	16 158	71 279	68 662	31	1 155	1 293	2 479	2 995
Hessen										
Land	4 538	4 883	1 247	10 668	10 546	2	150	1 190	1 342	1 610
Gemeinden (Gv.)	1 229	8 899	1 280	14 408	13 244	13	264	554	831	772
Zusammen	5 767	13 782	5 527	25 076	23 790	15	414	1 744	2 173	2 382
Rheinland-Pfalz										
Land	3 460	3 523	949	7 932	7 421	—	60	2 003	2 063	618
Gemeinden (Gv.)	542	3 177	1 399	5 118	4 687	11	221	113	345	366
Zusammen	4 002	6 700	2 348	13 050	12 108	11	281	2 116	2 408	984
Baden-Württemberg										
Land	8 455	12 591	2 440	23 486	21 713	4	304	2 631	2 939	1 767
Gemeinden (Gv.)	628	12 512	6 837	19 977	17 130	61	835	827	1 723	1 895
Zusammen	9 083	25 103	9 277	43 463	38 843	65	1 139	3 458	4 662	3 662
Bayern (einschl. Lindau)										
Land	13 706	12 928	3 664	30 298	24 223	10	383	8 250	8 643	4 914
Gemeinden (Gv.)	2 284	12 143	8 114	22 541	21 350 ²⁾	124	800	1 117	2 041	2 275
Zusammen	15 990	25 071	11 778	52 839	45 573	134	1 183	9 367	10 684	7 189
Länder ohne Hansestädte und West-Berlin										
Gemeinden (Gv.)	55 125	54 149	14 933	124 207	112 378	16	1 050	15 903	16 969	10 949
Zusammen	12 652	74 829	42 959	129 510	121 034	242	3 802	4 111	8 158	8 559
Hansestädte und West-Berlin										
Hamburg	3 743	12 539	2 915	19 197	18 138	—	50	71	124	83
Bremen	1 230	3 191	1 575	5 929	5 318	—	26	8	34	34
West-Berlin	7 338	26 462	11 286	45 086	42 277	21	1 228	1 539	2 788	2 897
Gebietskörperschaften insgesamt	80 314	185 256	75 956	341 526	—	281	6 281	22 262	28 824	—
dagegen am 2.10.1952	64 948	161 564	67 793	—	314 305	267	6 338	16 545	—	23 150
Außerdem:										
Bundesbahn	1 753	219	11 387	13 359	17 136	—	—	—	—	—
Bundespost	28 612	34 477	8 066	71 155	67 522	—	—	—	—	—
Anstalten öffentlichen Rechts	88	10 951	366	11 405	10 986	—	—	—	—	—

1) Ohne Personal der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in Gemeinden bis 10 000 Einwohnern. — 2) Finschl. weibliches Personal der Sparkassen

15. Gemeinden ¹⁾ mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Land	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen																	Kreise	Bezirksverbände
		Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter													
		zusammen	mit 200 000 und mehr Einwohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern	mit weniger als 50 000 Einwohnern	zusammen	mit 50 000 und mehr Einwohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern	mit 2 000 bis unter 3 000 Einwohnern	mit 1 000 bis unter 2 000 Einwohnern	Ämter					
Kämmereiverwaltungen																				
Schleswig-Holstein . . .	7 254	3 185	2 384	486	315	—	1 959	—	802	458	313	82	39	32	233	2 140	—			
Niedersachsen	17 477	8 756	4 238	2 045	1 397	1 076	3 760	—	974	1 138	803	369	214	262	—	1 961	—			
Nordrhein-Westfalen . . .	42 735	26 825	17 866	5 936	2 495	528	7 854	437	2 881	1 664	882	269	103	81	1 537	4 843	3 213			
Hessen	14 408	7 909	4 702	936	1 394	877	2 235	—	363	653	525	286	176	232	—	2 298	1 966			
Rheinland-Pfalz	5 113	2 852	—	498	1 682	672	1 004	—	178	188	156	91	80	101	210	1 050	212			
Baden-Württemberg . . .	19 977	8 649	4 727	1 902	1 561	459	6 263	554	1 391	1 228	1 269	666	500	655	—	4 621	441			
Bayern (einschl. Lindau) .	22 541	13 415	7 716	581	1 660	3 458	2 716	—	101	341	1 066	366	409	433	—	4 449	1 961			
Zusammen	129 540	71 591	41 633	12 384	10 504	7 070	25 791	991	6 690	5 670	5 014	2 129	1 521	1 796	1 980	24 365	7 793			
davon:																				
Beamte	12 652	8 851	5 579	1 598	1 055	619	2 170	70	994	528	343	101	37	17	80	1 127	504			
Angestellte	74 829	36 895	21 180	6 379	5 535	3 801	16 458	556	3 882	3 132	3 065	1 476	1 093	1 472	1 782	16 302	5 174			
Arbeiter	42 059	25 845	14 874	4 407	3 914	2 650	7 163	365	1 811	2 010	1 606	552	391	307	118	6 936	2 115			
Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ¹⁾																				
Schleswig-Holstein . . .	382	193	154	—	39	—	154	—	47	107	—	—	—	—	—	35	—			
Niedersachsen	599	479	302	45	60	72	91	—	42	49	—	—	—	—	—	29	—			
Nordrhein-Westfalen . . .	2 237	1 871	1 157	551	128	35	286	27	187	68	—	—	—	—	4	80	—			
Hessen	831	719	575	19	80	45	88	—	32	56	—	—	—	—	—	24	—			
Rheinland-Pfalz	345	303	—	48	170	85	27	—	21	6	—	—	—	—	—	15	—			
Baden-Württemberg . . .	1 723	1 201	822	232	104	43	514	65	163	286	—	—	—	—	—	8	—			
Bayern (einschl. Lindau) .	2 041	1 902	1 498	38	161	205	97	—	17	80	—	—	—	—	—	28	14			
Zusammen	8 158	6 668	4 508	933	742	485	1 257	92	509	652	—	—	—	—	4	219	14			
davon:																				
Beamte	242	232	177	27	23	5	5	—	3	2	—	—	—	—	—	5	—			
Angestellte	3 802	2 990	1 770	461	417	342	691	49	342	297	—	—	—	—	3	121	—			
Arbeiter	4 114	3 446	2 561	445	302	138	561	43	164	353	—	—	—	—	1	93	14			

1) Ohne Personal der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in Gemeinden bis 10 000 Einwohnern.

noch: D. Weibliches Personal im öffentlichen Dienst

16. Hoheitsverwaltungen des Bundes, Bundesbahn, Bundespost und erfaßte Anstalten öffentlichen Rechts nach Laufbahngruppen

Verwaltung	Einheit	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen									
		Beamte					Angestellte				
		Höherer	Gehobener	Mittlerer	Einfacher	Zusammen	Höherer	Gehobener	Mittlerer	Einfacher	Zusammen
		Dienst					Dienst				
Hoheitsverwaltungen insgesamt	Anzahl vH ¹⁾	65 1,6	36 0,3	86 0,4	— —	187 0,4	129 4,9	1 549 22,0	7 238 56,4	981 62,5	9 897 41,1
davon:											
Oberste Bundesbehörden	Anzahl vH ¹⁾	43 2,6	22 1,5	64 25,0	— —	129 3,7	49 7,6	729 53,2	1 690 77,7	92 84,4	2 560 59,5
Nachgeordnete Behörden (ohne Finanzverwaltung und Bundesgrenzschutz)	Anzahl vH ¹⁾	22 1,2	14 0,8	5 0,5	— —	41 0,8	80 4,3	731 15,5	3 987 49,0	392 49,2	5 190 33,5
Finanzverwaltung	Anzahl vH ¹⁾	— —	— —	17 0,1	— —	17 0,1	— —	88 10,0	1 421 63,6	486 75,3	1 995 51,0
Bundesgrenzschutz	Anzahl vH ¹⁾	— —	— —	— —	— —	— —	— —	1 1,5	140 47,0	11 57,9	152 38,7
Anstalten öffentlichen Rechts	Anzahl vH ¹⁾	12 3,0	70 3,4	6 8,6	— —	88 3,4	31 6,2	2 273 21,3	8 076 38,8	571 52,0	10 951 33,1
Bundesbahn	Anzahl vH ¹⁾	— —	7 0,0	1 425 1,3	321 0,4	1 753 0,8	1 0,7	8 1,0	208 16,3	2 4,4	219 9,7
Bundespost	Anzahl vH ¹⁾	5 0,5	638 3,6	27 969 45,5	— —	28 612 17,8	3 1,5	101 3,1	30 393 85,9	3 980 93,4	34 477 79,9
Insgesamt	Anzahl vH ¹⁾	82 1,0	751 1,4	29 486 15,1	321 0,2	30 640 7,0	164 4,7	3 931 18,0	45 915 65,3	5 534 79,3	55 544 54,1

1) Im Verhältnis zur betreffenden Personalgruppe.

31

E. Schwerbeschädigte im öffentlichen Dienst

17. Bund, Länder, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaften, Ländern und Dienstverhältnissen

Gebietskörperschaft und Land	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Schwerbeschädigte									
	Hoheits- und Kammereverwaltungen					Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ¹⁾				
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen	dagegen am 2.10.1952	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen	dagegen am 2.10.1952
Bund	2 943	3 348	1 115	7 406	6 916	7	68	187	262	235
darunter Versorgungsverwaltung	636	1 675	108	2 419	2 446	—	—	—	—	—
Länder, Gemeinden ¹⁾ mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände										
Schleswig-Holstein										
Land	785	501	155	1 441	1 289	15	5	6	26	25
Gemeinden (Gv.)	146	881	178	1 205	1 241 ²⁾	3	151	123	277	254
Zusammen	931	1 382	333	2 646	2 530	18	156	129	303	279
Niedersachsen										
Land	2 231	1 502	371	4 104	3 219	87	104	116	307	303
Gemeinden (Gv.)	622	2 486	522	3 630	2 898 ²⁾	2	165	197	364	352
Zusammen	2 853	3 988	893	7 734	6 117	89	269	313	671	655
Nordrhein-Westfalen										
Land	3 162	1 585	293	5 040	5 177	28	17	29	74	90
Gemeinden (Gv.)	2 377	5 318	1 449	9 144	9 208 ²⁾	44	478	540	1 062	1 050
Zusammen	5 539	6 903	1 742	14 184	14 385	72	495	569	1 136	1 140
Hessen										
Land	1 703	1 098	181	2 982	2 921	105	166	72	343	370
Gemeinden (Gv.)	765	1 799	405	2 969	2 794 ²⁾	27	140	174	341	357
Zusammen	2 468	2 897	586	5 951	5 715	132	306	246	684	727
Rheinland-Pfalz										
Land	1 159	776	177	2 112	1 995	79	67	37	183	168
Gemeinden (Gv.)	359	1 324	270	1 953	1 760 ²⁾	15	90	108	213	197
Zusammen	1 518	2 100	447	4 065	3 755	94	157	145	396	365
Baden-Württemberg										
Land	3 163	1 833	309	5 305	4 271	112	115	119	376	505
Gemeinden (Gv.)	1 331	2 950	1 000	5 281	4 150 ²⁾	70	320	473	863	886
Zusammen	4 494	4 783	1 309	10 586	8 421	182	435	622	1 239	1 391
Bayern (einschl. Lindau)										
Land	4 769	2 521	614	7 904	7 455	228	124	305	657	657
Gemeinden (Gv.)	1 867	3 706	1 210	6 783	6 187 ²⁾	128	405	596	1 129	1 330
Zusammen	6 636	6 227	1 824	14 687	13 642	356	529	901	1 786	1 987
Länder ohne Hansestädte und West-Berlin										
Länder	16 972	9 816	2 100	28 888	26 327	654	598	714	1 966	2 118
Gemeinden (Gv.)	7 467	18 464	5 034	30 965	28 238 ²⁾	289	1 749	2 211	4 249	4 426
Zusammen	24 439	28 280	7 134	59 853	54 565	943	2 347	2 925	6 215	6 544
Hansestädte und West-Berlin										
Hamburg	922	1 529	398	2 849	2 832	—	9	14	23	15
Bremen	282	601	124	1 007	948	1	8	8	17	—
West-Berlin	2 652	4 346	1 281	8 279	7 943	6	610	1 027	1 643	1 661
Gebietskörperschaften insgesamt	31 238	38 104	10 052	79 394	73 204	957	3 042	4 161	8 160	8 455
Außerdem:										
Bundesbahn	11 453	—	17 190 ³⁾	28 643	29 850	—	—	—	—	—
Bundespost	8 848	1 800	5 472	16 120	16 971	—	—	—	—	—
Anstalten öffentlichen Rechts	167	3 234	227	3 628	3 461	—	—	—	—	—

1) Ohne Personal der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in Gemeinden bis 10 000 Einwohnern. — 2) Ohne Schwerbeschädigte in Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern. — 3) Angestellte und Arbeiter zusammen.

18. Gemeinden ¹⁾ mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Land	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Schwerbeschädigte														
	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter									
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	zu- sammen	mit 200 000 und mehr Ein- wohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Ein- wohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Ein- wohnern	mit weniger als 50 000 Ein- wohnern	zu- sammen	mit 50 000 und mehr Ein- wohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Ein- wohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Ein- wohnern	mit 5 000 bis unter 10 000 Ein- wohnern	mit 3 000 bis unter 5 000 Ein- wohnern	mit 2 000 bis unter 3 000 Ein- wohnern	mit 1 000 bis unter 2 000 Ein- wohnern	Ämter
Kammereverwaltungen															
Schleswig-Holstein	1 205	450	322	70	58	—	472	—	130	100	112	26	7	8	89
Niedersachsen	3 630	1 476	574	371	356	175	1 160	—	169	298	259	181	122	131	283
Nordrhein-Westfalen	9 141	4 460	2 595	1 174	572	119	3 260	77	897	612	365	174	48	42	987
Hessen	2 969	1 260	666	167	273	154	1 029	—	102	204	267	199	152	105	485
Rheinland-Pfalz	1 953	593	—	67	366	160	968	—	62	87	125	117	76	144	357
Baden-Württemberg	5 281	1 710	673	626	302	109	2 831	91	377	429	585	469	380	500	696
Bayern (einschl. Lindau)	6 783	3 675	2 096	88	547	944	1 964	—	38	138	574	343	332	539	970
Zusammen	30 965	13 624	6 926	2 563	2 474	1 661	11 684	168	1 775	1 868	2 287	1 509	1 117	1 469	4 781
davon:															
Beamte	7 467	4 107	2 316	676	662	453	2 317	41	123	373	458	281	233	277	231
Angestellte	18 464	7 053	3 298	1 488	1 372	897	7 302	95	1 021	1 330	885	657	933	1 229	3 662
Arbeiter	5 034	2 462	1 312	399	440	311	2 065	32	331	343	499	313	227	259	333
Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ¹⁾															
Schleswig-Holstein	277	175	122	—	53	—	86	—	53	33	—	—	—	—	16
Niedersachsen	364	247	120	54	42	31	85	—	37	48	—	—	—	—	32
Nordrhein-Westfalen	1 062	790	413	274	74	29	210	18	126	63	—	—	—	—	62
Hessen	341	260	192	1	24	43	58	—	21	37	—	—	—	—	23
Rheinland-Pfalz	213	174	—	21	109	44	29	—	5	24	—	—	—	—	10
Baden-Württemberg	863	657	261	240	110	46	206	27	101	78	—	—	—	—	—
Bayern (einschl. Lindau)	1 129	1 083	718	30	110	225	37	—	13	24	—	—	—	—	4
Zusammen	4 249	3 386	1 826	620	522	418	711	45	356	307	—	—	—	—	147
davon:															
Beamte	289	255	163	55	16	21	20	—	6	14	—	—	—	—	12
Angestellte	1 749	1 263	615	217	204	227	403	32	198	170	—	—	—	3	82
Arbeiter	2 211	1 868	1 048	348	392	170	288	13	152	123	—	—	—	—	53

1) Ohne Personal der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in Gemeinden bis 10 000 Einwohnern.